

# Deutsche Rundschau

## in Polen

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl.  
mit Zuliegeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 5.39 zl.  
vierjährlich 16.16 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig  
3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.  
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch  
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die einseitige  
Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf.  
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz-  
vorschriß u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Übereinstellung von Anzeigen  
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Er scheinen der An-  
zeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.  
**Postkreditkonten:** Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 259.

Bromberg, Freitag den 11. November 1932.

56. Jahrg.

### Moskau feiert.

Der schweigende Stalin.

Das muß man den Bolschewisten schon lassen: sie verstehen es, ihre Feiern eindrucksvoll zu begehen. Die Feier des 15-jährigen Bestehens des Sowjetstaates ließ in Moskau an Pomp und Großartigkeit wirklich nichts zu wünschen übrig. Schon am frühen Morgen zogen unübersehbare Volksmassen dem Kreml zu. Sie füllten die Straßen um den Roten Platz herum, dem riesigen Paradeplatz Moskaus. Um 9 Uhr begannen die Abteilungen der Roten Armee in überaus großer Zahl auf dem Roten Platz einzutreffen. Punkt 10 Uhr begann die militärische Parade, die vom Volkskommissar für Heer und Flotte, Voroschilow, abgenommen wurde. Und dann begann der Vorbeimarsch Hunderttausender, der bis in die Abendstunden dauerte.

Vor dem Lenin-Grabmal an der Kremlmauer nahmen die bedeutendsten Sowjetführer, mit Stalin an der Spitze, Aufstellung. Stalin wurde bei seinem Erscheinen besonders stürmisch begrüßt. Unter den anwesenden fremden Diplomaten bemerkte man den japanischen Völkerbunddelegierten Matsuoka, der auf der Durchreise nach Genf sich in Moskau einige Tage aufhielt.

Die Militärparade war sehr eindrucksvoll, vielleicht noch eindrucksvoller als die Parade des 1. Mai 1932. Der fremde Beobachter konnte feststellen, daß die Motorisierung des russischen Heeres weitere Fortschritte gemacht hat. Schwere Transportautos, riesige Tanks und enorme Panzerwagen dröhnten in höchster Geschwindigkeit über den Roten Platz. Flugzeuge kreuzten zu Hunderten in Geschwadern über dem Kreml und dem Lenin-Grabmal. Eine Sensation für sich waren vier kleine Luftschiffe, die ersten Luftschiffe Russlands, die mit größter Genauigkeit ihre Manöver in der Luft ausführten.

Mit nicht minder großem Interesse beobachteten die fremden Gäste die unendlichen Kolonnen bewaffneter Arbeiter und Arbeitnehmer, die dann über den Platz marschierten. Die Zahl der Paradeteilnehmer ist mit 2 Millionen kaum zu hoch gegriffen.

Abends war die Stadt festlich beleuchtet. Sämtliche Plätze und fast alle Straßen und Häuser waren schon am Tage vorher festlich geschmückt. Die Dekorationspläne stammen von den berühmtesten Künstlern der Malerei und Bühne.

Die Festrede hielt, wie bei allen letzten Paraden, Kriegskommissar Klementij (Klemens) Voroschilow, üblicherweise in Russland Klim genannt. Er ist ein guter Redner, wenn auch in keiner Weise mit dem Schöpfer der Roten Armee, Trotski, zu vergleichen. Seine Rede enthielt nichts Aufsehenregendes. Voroschilow sprach viel vom Frieden, aber auch von der Bereitschaft der Roten Armee, den Sowjetstaat zu verteidigen. Er unterstrich die internationale Bedeutung der Moskauer Revolutionsfeier und sprach dann von den Erfolgen des Wirtschaftsabbaus und von den neuen Aufgaben, die noch zu lösen sind. Die Rede Voroschilows, wie ja die gesamte Parade, wurde durch Rundfunk ins ganze Land übertragen.

Während der Rede Voroschilows zog sich Stalin oben auf dem Lenin-Mausoleum etwas zurück. Man sah aber, daß er Voroschilow aufmerksam zuhörte. Mancher von den Anwesenden war enttäuscht. Er dachte, daß Stalin selbst die Festrede halten würde. Zum mindesten erwartete man, daß Stalin nach Voroschilow das Wort ergreifen würde. Aber Stalin schwieg.

Auch am Vorabend bei der prunkhaften Feier im Großen Theater, bei der Stalin gleichfalls anwesend war, schwieg er. Wann hat er überhaupt zum letztenmal in der Öffentlichkeit gesprochen? Man erinnert sich dessen kaum noch. Freilich: er ist kein erstklassiger Redner, und auch russisch spricht er mit fremdem Akzent, denn er ist Georgier. Aber er verfügt über eine angenehme Stimme und eine sehr genaue knappe Sprachweise. Außerdem ist seine Autorität so groß, daß sie allein Stalin verlassen mußte, zumindest gelegentlich des 15. Jahrestages des bolschewistischen Umsturzes das Wort zu ergreifen, um der Feier gewissermaßen die Krönung zu geben.

Wie auf dem Roten Platz dem Kriegskommissar Voroschilow, so überließ Stalin bei der Abendfeier im Großen Theater dem Vorsitzenden der Zentralregierung also, wenn man so will, dem Bundespräsidenten Kalinin das Wort. Die Ansprache Kalinis enthielt einen beachtenswerten außenpolitischen Teil. Besonders hob Kalinin die Besserung der russisch-japanischen Beziehungen hervor. In der Tat ist dies die entscheidende politische Tatsache neuesten Datums. Nicht umsonst blieb der bereits eingangs erwähnte japanische Völkerbunddelegierte Matsuoka mehrere Tage in der russischen Hauptstadt. Zwar hat Matsuoka in einem Interview erklärt, daß die japanische Delegation nach Moskau aus dem einzigen Grunde kam, weil dies der kürzeste Weg von Tokio nach Genf sei. Er habe sich in Moskau länger aufzuhalten können, weil die außerordentliche Ratstagung unerwartet vom 14. auf den 21. November versetzt worden sei. Es bleibt immerhin beachtenswert, daß Matsuoka gerade Moskau zum "Zeitvertreib" gewählt hat. Man hat deutlich den Eindruck, daß die diesjährige Novemberfeier im Zeichen der außenpolitischen Entwicklung stand. Die Beziehungen zu Japan haben sich verbessert. Die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit Frankreich dürfte unmittelbar

bevorstehen. Ein ähnlicher Pakt mit Polen ist bereits paraphiert. Der schlimmste äußeren Sorgen ist Russland augenblicklich entthoben. Und mit den inneren, vor allen Dingen mit den Sorgen der Versorgung und der Organisation hofft man allmählich fertig zu werden. Al. V.

### "Voroschilow vor Gdingen!"

Aus Moskau liegt folgende Meldung des Ost-Express vor:

Bor wenigen Tagen entstand Erregung in der polnischen Presse, weil mehrere Sowjet-Kriegsschiffe, darunter das Schlachtschiff „Marat“, in die Danziger Bucht einliefen und einige Zeit vor dem polnischen Hafen Gdingen freuten.

Die Blätter nannten diesen unangemeldeten Besuch unlöslich, forderten Sicherung der polnischen Hoheitsgewässer gegen solche Vorfälle usw. Wie aus einer offiziellen Bekanntmachung in den „Sowjetika“ hervorgeht, haben sich an Bord der „Marat“ während der Übungsfahrt der Kriegskommissar Voroschilow und der Chef der Sowjetkriegsflotte Orlow befunden.

### Japanische Delegation in Polen.

Die Verhandlungen des japanischen Sonderdelegierten Matsuoka in Moskau, die anscheinend zu einer weitgehenden japanisch-bolschewistischen Verständigung über die Frage der Mandchukreie geführt haben, finden in Warschau ganz besonders lebhafte Beachtung. Da Polen die Spannung im Fernen Osten seinerzeit zum Abschluß seines eigenen Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion anstreben konnte, ist die Warschauer Diplomatie jetzt darum bemüht, auch Anschluß an die neue Situation zu finden und Polen in irgendeiner Form an der russisch-japanischen Verständigung zu beteiligen.

Matsuoka wird auf der Durchreise nach Genf in Warschau Station machen und hier mit den maßgebenden polnischen Politikern verhandeln, nachdem bereits vor einigen Tagen ein Delegierter der sogenannten unabhängigen Mandchu vorausgeschieden war.

Im Zusammenhang damit ist folgende Warschauer Meldung über

### Weitere Veränderungen in der polnischen Diplomatie beachtenswert:

Der bisherige polnische Gesandte in Moskau, Stanislaw Patel, ist von seinem Posten abberufen worden, und wird als Botschafter nach Washington gehen. Für Moskau ist der Wiener polnische Gesandte, Lukasiewicz, aussersehen worden, gegen dessen Ernennung zum Moskauer polnischen Gesandten die Sowjet-

russische Regierung nichts einzuwenden hat. Der Washingtoner polnische Botschafter Filipowicz wird zum Botschafter in Tokio ernannt werden, da die Tokioter polnische Gesandtschaft zur Botschaft erhoben werden soll. Gleichzeitig soll die japanische Gesandtschaft in Warschau den Rang einer Botschaft erhalten.

Der neuernannte Stellvertretende Außenminister Graf Szembek ist bereits aus Bukarest, wo er bekanntlich polnischer Gesandter war, in Warschau eingetroffen, wo er seine Amtsgeschäfte in diesen Tagen übernehmen wird.

### Russisches Del für Japan.

In Moskau ist Ende September ein Vertrag des russischen Petroleum-Exportsyndikats mit der japanischen Firma Matsukata über die Lieferung von Sowjetbenzin nach Japan abgeschlossen worden. Es handelt sich um große japanische Bestellungen für die nächsten fünf Jahre, die mit dem Jahre 1933 beginnen. Dieser Vertrag leitet das erste Benzingeschäft zwischen Moskau und japanischen Firmen ein.

Die Lieferungen sind vor allem für die japanische Flotte bestimmt, die dadurch von den bisherigen amerikanischen Erdöllieferungen unabhängig werden will. Die in der letzten Zeit viel besprochenen russisch-japanischen Verhandlungen dürften sich weitgehend auf der Ebene ähnlicher Vertragsabschlüsse bewegen. Japan weiß genau, daß die Sowjetunion auf Jahre hinaus sich jeder kriegerischen Handlung im Fernen Osten enthalten wird. Man unterstützt infolgedessen gewissermaßen den neuen Fünfjahresplan und sichert sich gegen Amerika. Es ist jedoch durchaus nicht gesagt, daß damit auch bereits Entscheidungen über die eigentlich politischen Fragen (Anerkennung der Mandchukreie) gefallen wären. Die russische Position ist — so dringend die Sowjet-Union auch der japanischen Aufträge bedarf — verhältnismäßig sehr günstig, da auf jeden Fall mit einer weiteren Verschlechterung der japanisch-amerikanischen Beziehungen gerechnet werden muß.

### Schwere Rämpfe bei Charbin.

Mulden, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Südlich von Charbin bei Schuantschenpu sind schwere Rämpfe zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freischärlern im Gange. Die Zahl der Freischärlern wird auf 3000 geschätzt. Von Charbin ist zur Verstärkung sofort Artillerie abgerollt. Die Stadt Schuantschenpu wurde von den Chinesen gestürmt und geplündert. 100 Häuser sind vollständig niedergebrannt.

## Blutige Straßenkämpfe in Genf.

Genf, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Eine im Rathausaal von der Nationalen Union organisierte Manifestation mit dem Ziele, die Mitglieder der Genfer Sozialdemokratischen Partei Nicole und Dicker in den Auflagezustand zu verfehlten, hat in der Stadt eine große Erregung hervorgerufen. Die Sozialisten und Kommunisten wollten die Manifestation unmöglich machen. In der Nähe des Saales kam es zu einem Kampf zwischen der Menge und der Gendarmerie, der gegen 9½ Uhr abends in wahre Trümmerlasse ausartete. Eine Kompanie Infanterie, die zur Unterstützung der Gendarmerie entstand worden war, wurde von der Menge umzingelt und teilweise entwaffnet; die Waffen wurden von der Menge vernichtet. Das Militär zog sich unter einem Steinbogel zurück und gab eine Salve aus Maschinengewehren ab. Die Salve hatte den Erfolg, daß das Gebiet vorübergehend geräumt wurde, doch die Empörung danach weiter an.

### 10 Tote, 65 Verletzte.

Genf, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat es bei den Zusammenstößen 10 Tote und 65 Verletzte, darunter sehr viele Schwerverletzte gegeben. Bei den Opfern handelt es sich größtenteils um Teilnehmer an der sozialistischen und kommunistischen Kundgebung gegen die Versammlung der demokratisch-konservativen Gruppe.

### Die Ziele der Aufruhr-Bewegung.

Nach den bisherigen politischen Ermittlungen haben die kommunistischen und sozialistischen Führer in Vorbereitung der Vorfälle in der Nacht zum Donnerstag folgende Weisungen erteilt:

1. Besetzung sämtlicher Cafés in der Umgebung des Saales, in dem die Versammlung der „Union nationale“ stattfand.

2. Entsendung eines Sturmtrupps in die Versammlung und Besetzung des Podiums.

3. Unterbrechung der Versammlung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

4. Widerstand selbst mit Gewalt gegen jeden Verlust der Polizei, die Ordnung im Saale wiederherzustellen.

stellen oder außerhalb des Saales die Kundgebungen der Massen zu verhindern.

5. Besetzung der Straßen und allgemeines Vorgehen gegen die Truppen.

Die polizeilichen Ermittlungen haben ferner ergeben, daß die Unruhen von dem Kommunistenführer Tronchet geleitet wurden. Der Führer der Sozialisten Nicole erklärte in seiner

### Ansprache an die Massen,

die Revolution sei in Genf notwendig geworden, die Massen müßten die Straßen besetzen und aktiven Widerstand gegen jedes Vorgehen der Truppen leisten. Die Revolution in Genf darf sich nicht auf die Schweiz beschränken, sondern sie müsse eine Weltrevolution werden!

Nach dem Sozialistenführer sprach der Führer der Kommunisten Lebet. „Heute gibt es keine Trennung mehr zwischen Sozialisten und Kommunisten. Wir müssen uns jetzt vereinigen, um die Revolution zu machen. Die Sowjets feiern heute den 15. Jahrestag ihrer Revolution. Wir halten ganz zu ihnen. Es leben die Sowjets!“

Die bisherigen Mitteilungen ergeben ferner, daß die von der Polizei zur Unterstützung herbeigeholten Truppen, die auf Lastwagen eintrafen, sofort von der Menge angegriffen wurden. Die Truppen waren daher gezwungen, die Maschinengewehre in Stellung zu bringen und das Feuer zu eröffnen.

Die zahlreichen Toten und Verletzten wurden in die umliegenden Cafés und Speisehäuser gebracht und teilweise auf Billards und Tische gebettet. Die Genfer Behörden organisierten sofort einen umfangreichen Sanitätsdienst. Die Toten und Verletzten wurden sodann in das Kantonalkrankenhaus gebracht.

Die Kundgebungen dauerten noch bis in die frühen Morgenstunden an.

Gruppen von Sozialisten und Kommunisten durchzogen bis in die späten Nacht- und frühen Morgenstunden unter Gefang der „Internationale“ die Straßen. Die Polizei hatte unterdessen die gesamte Feuerwehr mobilisiert, die bei ihrem Erscheinen überall von den Massen mit wütendem Geschrei begrüßt wurde, ohne daß jedoch die Versuche der Menge, die Feuerwehrwagen zu besetzen, gelangen.

## Der Fall Pleß vor dem Haag.

Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag begann am Montag vormittag der Prozeß gegen Polen in Sachen der Steuerforderungen und Polonisierungssüchte bei der Fürst Pleßchen Güterverwaltung. Die Angelegenheit ist seit zwei Jahren beim Völkerbundrat anhängig und wurde durch diesen nach dem Haag verwiesen.

Der deutsche Standpunkt in der Klage geht dahin:

1. daß das Verhalten der polnischen Behörden und Regierungen in Sachen der Einkommensteuer 1925 bis 1930 eine Verlehung des Minderheitenvertrages darstellt;
2. daß die polnische Regierung für den hierdurch entstandenen Schaden Entschädigung zu leisten habe;
3. daß die Fürst Pleßchen Güterverwaltung bei der Anstellung von Beamten und Arbeitern völige Freiheit ohne Rücksicht auf Sprache und Volkstum habe.

Die polnische Regierung hat gegen die Behandlung der Angelegenheit vor dem Haager Gerichtshof unter dem 10. 10. schriftlichen Einspruch erhoben. Die Behandlung hatte sich also zunächst mit der Zuständigkeit des Gerichtshofs zu befassen. Sachwalter der deutschen Interessen ist Professor Dr. Erich Kaufmann - Berlin, Polen wird von Dr. Sobolewski und dem Pariser Professor Jöze vertreten.

Der Verhandlung am Montag, über die wir im wesentlichen einen Bericht des „Oberschlesischen Kuriers“ wiedergeben, wohnten auch der Fürst von Pleß, sowie die Gesandten von Polen und Deutschland bei. Der polnische Vertreter Dr. Sobolewski erklärte, daß Meinungsverschiedenheiten dieser Art nicht vor einer internationale Gerichtsinstanz gebracht zu werden pflegten, solange der Weg hier die nationalen Gerichtsinstanzen nicht erschöpft sei. Außerdem handele es sich hierbei nicht um eine Meinungsverschiedenheit, die der Deutschen Regierung das Recht gebe, die Angelegenheit auf Grund des Artikels 72 der Genfer Konvention vor den Gerichtshof zu bringen. Eine Meinungsverschiedenheit müsse erst festgestellt werden, damit dies möglich sei und es treffe nicht zu, daß dies, wie die Deutsche Regierung behauptete, nicht notwendig sei, wenn es sich um Bestimmungen hinsichtlich des Schutzes der Minderheiten handele.

Der zweite Vertreter Polens, Professor Gaston Jöze aus Paris, bestritt der Deutschen Regierung ebenfalls das Recht, die Angelegenheit vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen, ehe nicht die in Artikel 72 vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt seien. Der Prinz von Pleß gehörte tatsächlich der deutschen Minderheit an. Er sei jedoch nicht der erste beste, sondern der Präsident des Deutschen Volksbundes, über den Professor Jöze sich die ebenso unerhörte wie unwahre Behauptung leistete, daß es eine sehr aktive Vereinigung sei, die es sich angelegen sein lasse, bei der deutschen Minderheit die separatistischen Leidenschaften anzusuchen (?!). Formell trete das Deutsche Reich in dieser Angelegenheit für ein Mitglied der deutschen Minderheit ein, in Wirklichkeit aber unterstützte sie die Führer der antipolnischen Agitation (?!), die das Ziel verfolge, Schlesien wieder unter preußische Souveränität zu bringen. In diesem Zusammenhang zitierte Jöze Erklärungen von Politis und Baleski in einer Ratstagung des Jahres 1928, in denen der jetzt zurückgetretene Außenminister von der großen Liberalität gesprochen habe, die die polnische Regierung durch Duldung des Volksbundes zeige, obgleich verschiedene Mitglieder sich des Hochverrats schuldig gemacht hätten. (Die Prozeß haben das Gegenteil dieser Behauptung bewiesen! D. R.) Die Deutsche Regierung glaube, daß vor den Gerichtshof alle Meinungsverschiedenheiten gebracht werden könnten, die Artikel 67 und 68 der Genfer Konvention betreffen, und daß der Gerichtshof in der vorliegenden Angelegenheit zuständig sei. Der Gerichtshof könne nur dann feststellen, daß eine Verlehung der Verpflichtungen Polens gegenüber den Minderheiten zum Nachteil des polnischen Untertans deutscher Abstammung erfolgt sei, wenn alle nationalen Rechtsmittel erschöpft seien. Gäben die polnischen Behörden schließlich dem Fürsten recht, dann könne von keiner Verlehung die Rede sein. Zur Unterstützung des polnischen Standpunktes berief sich Jöze auf frühere Entscheidungen des Gerichtshofes sowie auf die vorbereitende Umfrage für die Haager Konvention in der Angelegenheit der Kodifizierung des internationalen Rechts. Wenn ein zivillisiertes Land unparteiische und unabhängige Gerichte habe, so sei eine internationale Entscheidung überflüssig. Außerdem bringe dies eine Störung der internationalen Beziehungen mit sich.

Die Deutsche Regierung bezweifte die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der polnischen Gerichte nicht. Der Fürst von Pleß könne daher vollkommene Genugtuung vor dem polnischen Gericht bekommen. Diese Beweisführung treffe um so mehr zu, als zwischen den beiden Regierungen in der oberschlesischen Frage gespannte Beziehungen bestanden und der Prinz von Pleß aktiver und mächtiger Präsident des Deutschen Volksbundes sei. Die polnische Regierung betrachte die deutsche Intervention als eine wenig freundliche Tat. Trotzdem die Angelegenheit Pleß noch vor dem polnischen Oberverwaltungsgericht verhandelt werde, habe Deutschland die Angelegenheit vor dem Gerichtshof gebracht und um sofortige Entscheidung gebeten, ohne die in Kürze zu erwartende Entscheidung des erwähnten polnischen Gerichts abzuwarten. Sollte der Internationale Gerichtshof dem deutschen Wunsche stattgeben, dann würde die polnische Rechtsprechung in den Verdacht geraten, nicht die Rechtsprechung eines zivilisierten Volkes zu sein.

Professor Jöze erklärte zum Schluss unter Verufung auf Artikel 73 der Genfer Konvention, daß die nationalen Gerichtsinstanzen verpflichtet seien, zu untersuchen, ob die gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften mit den Bestimmungen über die Rechte der Minderheit in Einklang seien. Daraus ergebe sich, daß die erwähnten Gerichte die ersten Verteidiger der Rechte der Minderheiten seien.

Der deutsche Vertreter Professor Erich Kaufmann aus Berlin beantragte eine eintägige Unterbrechung der Verhandlung, indem er darauf hinwies, daß der Vertreter der polnischen Regierung im politischen Teil seiner Ausführungen sich auf verschiedene Tatsachen und Schriftstücke berufen habe, bezüglich derer er erst Informationen einholen müsse, um ausschließlich antworten zu können.

Darauf wurde die Verhandlung auf drei Tage verlängert.

Es gibt nur eine Lust — Schaffen! Die nur leben, die schaffen. Alle anderen sind Lebensfremde, Schatten, die über die Erde fortschwelen. Alle Freuden im Leben sind auch Freuden des Schaffens: Liebe, Genie, Tat — Fackeln der Kraft aus einer einzigen Blut entflammt. Die selbst, welche nicht Raum am großen Herd finden: Streber, Egoisten und fruchtlose Prasser, möchten sich an seinem verblaßten Widerschein wärmen.

Schaffen im Leiblichen oder Schaffen im Geistigen heißt dem Gefängnis des Körpers entfliehen, heißt sich in den Sturm des Lebens stürzen, heißt Der Sein, welcher ist. Schaffen heißt den Tod besiegen.

Wehe dem Unfruchtbaren, der auf Erden allein und verloren bleibt, den eigenen verdornten Leib betrachtet und die Nacht in ihm, aus der niemals Flammen des Lebens schlagen werden! Wehe der Seele, die sich nicht fruchtbar fühlt, die nicht schwer ist von Leben und Liebe wie ein Blütenbaum im Frühling! Die Welt mag sie mit Ehren und Glück beschütten: sie krönt einen Leichnam.

Romain Rolland  
aus dem Roman „Johann Christof.“

## Papen will verhandeln.

Berlin, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) In einem durch das Conti-Bureau veröffentlichten Communiqué wird festgestellt, daß das Reichskabinett in seiner letzten Sitzung sich für die Einleitung von Schritten ausgesprochen habe, die auf die Bildung eines Lagers der sogenannten nationalen Konzentration abzielen. Die Regierung stellt das Gericht in Abrede, nach welchem die einzelnen Regierungsmitglieder in dieser Sitzung ihr Rücktrittsgesuch eingereicht hätten, im Gegenteil seien alle entschlossen, auf dem bisherigen Wege anzuharren und alle Experimente abzulehnen.

Im Ergebnis der Beratungen, die bis in den späten Abend hinein dauerten, kam man dahin überein, daß Reichskanzler von Papen morgen dem Reichspräsidenten von Hindenburg einen Besuch abstatten und ihm entsprechende Anträge in der Frage der Annahme von Verhandlungen mit den Führern der einzelnen Parteien unterbreiten solle. Außerdem sollen Konferenzen mit den Ministerpräsidenten der Länder stattfinden, die zur Sitzung des Staatsräts nach Berlin gekommen waren. Die Behandlung des Problems der Verfassungsreform und der Kontingente wurde bis zur nächsten Kabinetsitzung vertagt.

In Kommentaren zu dem Beschuß des Reichskabinetts betont die Berliner Presse, daß Reichskanzler von Papen nach Erlangung des Einverständnisses des Reichspräsidenten Verhandlungen mit den Führern der Nationalsozialistischen, der Deutschnationalen Partei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei aufnehmen werde. In Vertretung Hitlers soll zu der Konferenz einer der hervorragendsten Parteiführer nach Berlin kommen. Papen wird von den Parteiführern die Unterstützung für die Bemühungen fordern, eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden. Erst wenn es gelingt, in dieser Frage zwischen den Parteien eine Einigung zu bringen, soll man sich mit der Frage der personellen Zusammensetzung des künftigen Kabinetts beschäftigen.

In Berliner politischen Kreisen hält man an der Ansicht fest, daß die Aktion des Reichskanzlers in der Richtung der Bildung der sogenannten nationalen Konzentration keine positiven Ergebnisse zeitigen werde, so daß das Reichskabinett zum Rücktritt gezwungen werden wird.

## Roosevelts Regierung.

New York, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Blätter melden, wird sich die kommende Regierung Roosevelts voransichtlich wie folgt zusammensetzen: Außenministerium — Newton Baker, Finanzen — Owen Young, Kriegsministerium — Albert Ritchie, Marine MacAdoo, Inneres — Gilbert Hitchcock, Landwirtschaft — Harry Byrd, Arbeit — Miss Frances Perkins, Handel — Evans Woollen, Generalstaatsanwalt — Thomas Walsh, Post — James Farley.

Nach den bisherigen Berechnungen hat Roosevelt bei der letzten Wahl 17 Millionen, Hoover 12 880 000 Stimmen erhalten. Gewählt wurden in das Parlament 276 Demokraten und 81 Republikaner. Bis jetzt fehlen noch Meldungen über 78 Mandate. Der Senat zählt gegenwärtig 58 Demokraten, 35 Republikaner und einen Farmer. Für zwei Kandidaten liegen die Ergebnisse noch nicht vor.

## Vorzeitiger Rücktritt Hoovers?

New York, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Hoover hat für die nächste Woche eine Zusammenkunft der Führer der Republikanischen Partei nach Washington einberufen, um, wie verlautet, mit ihnen die Angelegenheit seines Rücktritts vor dem Ablauf des Amtstermins am 3. März 1933 zu besprechen.

Schon vor der Wahl bildete dieser Gedanke den Gegenstand von Erwägungen.

## Ruhiger Wahlverlauf in den Vereinigten Staaten

New York, 10. November. (PAT.) Wie wir bereits gestern melden konnten, ist Roosevelt mit auffallend großer Stimmenmehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Seit 12 Jahren tritt somit zum ersten Mal eine Demokratische Regierung an die Stelle der Republikanischen. Im Staate New York hat Roosevelt einen durchschlagenden Erfolg errungen, da in diesem Bezirk auf ihn 1 297 210 Stimmen entfielen, während Hoover nur 495 815 Stimmen erhielt. In New York versammelte sich vor dem Hotel Baltimore, dem Sitz der Demokraten, eine riesige Menschenmenge, die dem neuen Präsidenten in dem Augenblick begeisterte Ovationen darbrachte, als er morgens aus dem Hotel heraustrat. Die Wahlen nahmen in sämtlichen Staaten einen ruhigen Verlauf; es wurden nirgends Zwischenfälle notiert mit Ausnahme einer Stadt im Staate Ohio, wo Schlägereien stattfanden, wobei einige Personen verletzt wurden. Die

meisten amerikanischen Zeitungen haben den Sieg der Demokraten günstig aufgenommen und kündigen eine bessere Zukunft an.

## Abschiedssessen für Baleski.

Im Club der Beamten des Außenministeriums hat am Montag ein Abschiedssessen für den zurückgetretenen Außenminister Baleski stattgefunden, das von den Beamten dieses Ministeriums veranstaltet wurde. An dieser Feier nahmen auch der neu ernannte Außenminister Beck und der neu bestellte Botschaftsminister Szembek teil. Bei dieser Gelegenheit hielt Minister Beck eine Rede, in der er die Verdienste Baleskis um den Staat hervorhob. Herr Baleski dankte den Beamten des Ministeriums für die Zusammenarbeit und versicherte seinem Nachfolger, daß diese auch weiterhin dem Nachfolger gute Dienste leisten würden.

Am Nachmittag fand zu Ehren Baleskis beim Ministerpräsidenten Prystor ein Empfang statt, zu dem auch Marshall Piłsudski erschienen war.

## Botschafter, Bankdirektor

### oder Staatspräsident?

Im Zusammenhange mit dem Rücktritt des Außenministers Baleski sind jetzt die verschiedensten Gerüchte über dessen weitere Laufbahn aufgetaucht. Es wird davon gesprochen, daß Herr Baleski nicht sofort ein neues Amt antreten werde; mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand werde er damit vielleicht noch einige Monate warten. Man spricht auch davon, daß Herr Baleski die polnische Botschaft in Paris oder London, wahrscheinlicher aber den Londoner Posten übernehmen werde, ferner daß Herr Baleski als Senator an die Spitze des Regierungsblocks treten solle, um auf parlamentarischem Gebiet tätig zu sein. Des Weiteren wird erzählt, der zurückgetretene Außenminister Baleski solle Präsident der Handelsbank werden, da die Bank nach dem Tode des Fürsten Lubomirski ohne Leiter geblieben ist.

Schließlich wird immer noch an dem aus Paris folgerierten, höchst unglaublichsten Gerücht festgehalten, daß Herr Baleski zum Nachfolger des Staatspräsidenten Moscicki ausersehen sei.

## Spionage-Prozesse.

In den letzten Tagen ist eine neue Flut von Spionage-Prozessen über Polen dagegangen. Das Standgericht in Rowno verurteilte einen jüdischen Händler und drei polnische Bauern aus Dörfern der Umgebung von Rowno wegen Spionage zugunsten Russlands zum Tode. Da der Staatspräsident von seinem Begnadigungsberecht keinen Gebrauch macht, ist das Urteil an allen vier Delinquenten vollstreckt worden.

Vor kurzem sind, wie wir bereits meldeten, auch vom Bezirksgericht in Wilna zwei junge Bauern der östlichen Grenzbezirke des Wilna-Gebiets zum Tode, zwei andere zu lebenslänglichem Buchthaus verurteilt worden. Der Staatspräsident hat das Gnadengesuch der Verteidigung noch nicht erledigt.

Der polnischen Presse zufolge ist in dem Warschauer Stadtteil Praga der Leiter der Konstruktions-Abteilung II der Artillerie-Werkstätten, Hauptmann Poniatowski, verhaftet worden. Amtlich wird über den Grund der Verhaftung nichts bekannt gegeben.

## Der Papst schützt die Muttersprache

Durch eine Verordnung des Königs von Italien war angeordnet worden, daß dreißig italienische Religionsschüler nach Südtirol entsandt werden sollten, um den Religionsunterricht in italienischer Sprache abzuhalten. Bisher war der Unterricht an den deutschen Schulen von deutschen Priestern erteilt worden. Auf Vermittlung des Bischofs von Trient und Brixen hat der Papst jetzt die Bischöfe angewiesen, die Lehrtätigkeit von italienischen Geistlichen, die von auswärts in die Diözesen Trient und Brixen gesandt werden, grundsätzlich zu verbieten. Durch diese Verordnung des Papstes bleibt den deutschen Kindern in Südtirol der deutsche Religionsunterricht erhalten.

## Zwangswise Senlung des Privat-Zinsfußes

Im „Dziennik Ustaw“ Nr. 98 vom 9. d. M. ist eine Verordnung des Finanzministers erschienen, die eine Neuregelung des Zinsfußes für alle Institute bringt, die sich mit Bankgeschäften befassen. Die Verordnung sieht n. a. vor, daß beim Wechseldiskont, für Debet-Salden auf laufende Rechnung, für Kredite, für Lombard-Kredite, Garantien usw. der Zinsfuß im Jahresverhältnis nicht mehr als 9% Prozent betragen darf. Ausgenommen sind die genossenschaftlichen Kredit-Institute in ganzen Polen und die kommunalen Sparkassen der Wojewodschaften Wilna, Nowogrodek, Polesien, Wolhynien, Bialystok, Tarnopol und Stanislau. In diesem Falle darf der Zinsfuß nicht 10 Prozent übersteigen. Eine weitere Verordnung wird den Termin bestimmen, von welchem ab auch diese Ausnahmen aufgehoben werden.

Die Bestimmung über die Neuregelung des privaten Zinsfußes umfaßt nicht die Portokosten, Stempelgebühren und die Umsatzprovisionen in laufender Rechnung, die nicht 1/2 Prozent im Vierteljahr von der größten Seite des Kontos betragen darf.

Die Verordnung sieht ferner eine Reihe von Bestimmungen bezüglich der Kontrolle vor. Die Verordnung ist mit dem 9. d. M. in Kraft getreten, gleichzeitig hat die Verordnung über den Geldwucher vom 15. Juli 1932 ihre Gültigkeit verloren.

## Gronaus Weltflug beendet.

### Auf dem Bodensee niedergegangen.

Altenrhein bei Romanshorn, 9. November. Der deutsche Weltflieger Wolfgang v. Gronau ist um 18.10 Uhr bei den Dornierwerken in Altenrhein glatt gelandet. Er wurde von dem Erbauer seines Flugzeuges, dem bekannten Ingenieur Dr. Clandins Dornier, und anderen Herren der Dornierwerke begrüßt. v. Gronau hat die uns erwartet erfolgte Weiterbesserung benutzt und war 1 Uhr 45 in Genna zu seiner letzten Etappe gestartet. Er überflog den Lago Maggiore und den Splügenpass.



**Statt besonderer Anzeige.**

Nach langem mit Geduld getragenen Leiden entschließt heute Nacht sanft unsere liebe, gute Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Großmutter und Tante

**Frau Klara Knopf**

geb. John

im fast vollendeten 77. Lebensjahr.

In tiefer Trauer

**Die Hinterbliebenen.**

Swiecie, den 8. November 1932.

Die Beerdigung findet Freitag, den 11. November, nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhaus aus statt.

8884

## Nachruf!

Am 2. November 1932 verschied unser Vorstandsmitglied

**Frau Rittergutsbesitzer**

**Ruth v. Blücher**

Ostrowitt.

Mit vorbildlicher Aufopferung hat die-  
selbe unserem Verein stets zur Seite gestanden.

Tief erschüttert bedauern wir den so  
frühen Heimgang der edlen Entschlafenen,  
deren Andenken wir stets in Ehren halten  
werden.

8902

**Deutscher Frauen-Verein  
für Jabłonowo.**

**Zurückgekehrt!  
Dr. Brauer**

Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten  
Röntgen- und Lichtbehandlung

**Danzig**, Stadtgraben 8

Sprechstunden 10-1½ und 5-7.

**Kastermesser n. Scheren**  
werden fachmännisch geschliffen bei  
**Fr. Wilke**, Gdańsk 22. Tel. 73.

**Bieltitzer Stoffe sind die besten!**

Ihren Bedarf von Anzugs- und Mantel-  
stoffen können Sie sich direkt aus  
Bieltitz besorgen. Ich liefern garantiert  
erstklassigste Bieltitzer Qualitäten in  
den modernsten Mustern zu günstigen  
Preisen. Verlangen Sie vollkommen  
verbindlich und kostenlos (selbst Rück-  
porto füge ich bei) meine neue Muster-  
kollektion. Außerst solide Bedienung,  
Fa. Wiktor Thomke 2062  
wyrób i sklep sukna, Bielsko-Kamienica

**Steuerjächen bear-  
beitet**  
**Krynicki**, Duga 2  
(Friedrichstr.) 4167

**Buchführung**  
einfache, doppelte und  
amerikanische, sowie  
taufm. Rechnen und alle anderen Handels-  
wissenschaften lernen  
Sie gründlich bei 7768  
Georg Gibich  
Bydgoszcz, Hermańska 20

**Werkunterricht im  
Zuschneiden und  
Nähen?** Gefl. Off. u. S.  
4222 a. d. Geschl. d. Ztg. erb.

Guter 4216  
**Brib.-Mittagstisch**  
Piotra Skargi 5, W. 4.

**Wolfshund**  
Wer übern. Dressur  
eines Hundes, 10  
Monate alt? Angeb.  
unter S. 8889 an die  
Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Zweds Frachtersparnis  
suche Beteiligung**  
a. Waggonladung,  
nach Katowic, Offert.  
unter D. 8898 an die  
Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Drahtseile**  
außer Syndikat für  
alle Zwecke liefert

**B. Muszyński**,  
Seiffabrik, Lubawa.



Telefon 1923

**Oberschles.**

**Steinkohlen**

**Hüttenkoks**

**Briketts**

**und Holz**

liefer in jeder Menge

**Gustav Schlaak**,

ul. Marcinkowskiego 1

**Nicht** identisch mit

Fa. Schlaak & Dabrowski.

Telefon 1923



8476



Bromberg, Freitag den 11. November 1932.

## Pommerellen.

10. November.

## Deutsches Konsulat für Pommerellen.

Das Deutsche Konsulat für Pommerellen in Thorn ist am 16. d. M. anlässlich des Brz- und Bettages geschlossen. In dringenden Fällen ist das Deutsche Konsulat in den Vormittagsstunden erreichbar.

## Graudenz (Grudziądz).

## Das Schlichtungsamt für Kreditangelegenheiten der Kleingrundbesitzer

im Landkreise Graudenz befindet sich, wie amtlich mitgeteilt wird, im Kreisstarostwo in Graudenz, Mühlenstraße (Muńska) Nr. 20/21. Die Aufgabe des Schlichtungsamtes besteht darin, auf Antrag des Schuldners bzw. des Schuldnerns und Gläubigers entsprechend der Zahlungsfähigkeit und wirtschaftlichen Kraft des Schuldners zu entscheiden: 1. über die Termine und Bedingungen der Abzahlung der Geldschulden einer Person, deren Hauptberuf ist, Landwirtschaft auf einer Fläche, die nicht 50 Hektar überschreitet, zu betreiben; 2. über die Grenze der Vermögensvorteile, die von einer solchen Schulde als Prozente oder andere Leistungen erzielt werden dürfen. Das Schlichtungsamt tritt in Aktion auf Antrag einer Partei bzw. beider Parteien, im letzteren Falle, wenn beide Seiten erklären, daß sie sich der Entscheidung des Amtes unterwerfen werden, ist das Schlichtungsamt berechtigt, den Antrag zu sichern 1. durch eine Entscheidung, die zur Erhebung eines Vorbehalt im Hypothekenregister berechtigt, wenn die Forderung hypothekarisch eingetragen ist; 2. durch eine zur Aufhaltung eines schon angesetzten Zwangsverkaufes des Schuldnerbesitzes berechtigende Entscheidung. Personen, die unbegründet nicht zur Verhandlung erscheinen, oder die die Abgabe von Aufklärungen oder die Vorlegung von Beweisen verweigern, kann das Schlichtungsamt eine Geldstrafe bis zu 30 Złoty auferlegen. Die Verhandlungen sind mündlich und öffentlich.

Die Spruchfällung des Schlichtungsamts kann nur umfassen: 1. den Termin oder die Termine der Abzahlung scheinbarer Verpflichtungen, auch mit Verlegung in Raten auf einen Zeitraum, der nicht länger als drei Jahre vom Datum der Entscheidung betragen darf; 2. Vermögensvorteile, die der Gläubiger in Zukunft erzielen kann, jedoch nicht unter dem vom Finanzminister festgesetzten Prozentfeste. Die Spruchfällung des Schlichtungsamts geschieht auf Antrag beider Parteien, die erklärt haben, daß sie sich ihr unterwerfen; sie ist endgültig und unterliegt nur in den in der Einleitung des Artikels 18 aufgeführten Fällen dem zuständigen Strafgesetz (Dz. Ust. Nr. 72 vom Jahre 1932). Wenn beider Parteien die Erklärung, daß sie den Spruch des Schlichtungsamtes anerkennen werden, nicht abgegeben haben, steht ihnen gegen dessen Entscheidung das Recht einer innerhalb zwei Wochen seit der Spruchfällung einzulegenden Berufung ans Bezirksgericht zu, dessen Urteil endgültig ist. Zum Schlusse werden die (bereits früher mitgeteilten) Fälle aufgeführt, in denen das Schlichtungsamtverfahren nicht zuständig ist (z. B. wenn der Staatsschatz, die territorialen oder wirtschaftlichen Selbstverwaltungsverbände, staatliche oder kommunale Unternehmungen usw. die Gläubiger sind.)

Ausfälle in vorstehenden Angelegenheiten werden im Kreisstarostwo, Zimmer 21, jeden Sonnabend von 9 bis 12 Uhr erteilt.

X Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 31. Oktober bis zum 5. November d. J. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 24 eheliche Geburten (14 Knaben, 10 Mädchen), sowie 2 uneheliche Geburten (Mädchen); ferner 4 Geschlechtungen und 12 Todesfälle, darunter 4 Kinder im Alter bis zu einem Jahre (2 Knaben, 2 Mädchen).

\* Die Deutsche Bühne gab am Sonntag nachmittag ihre dritte und damit letzte Egmont-Vorstellung und hatte einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Sämtliche Darsteller hatten sich in ihre Rollen so fein eingefügt, daß es schwer ist zu sagen, wer von ihnen durch schwächeres Spiel aufgefallen wäre. Die Sicherheit, mit der jeder Einzelne seine Rolle zu meistern wußte, verlieh dem Gesamtspiel jenen natürlichen Reiz, der den Zuschauer ganz besonders fesselt. Die zur Umwandlung der Bühne notwendigen kurzen Pausen wurden nicht im geringsten als Störung empfunden, da ja die Klänge der Beethovenischen Musik, wie sie Herr Häß mit seinen Getreuern in technisch hochwertigem Spiel bot, die Gäste diese kleinen Unterbrechungen kaum merken ließen. Würdig und glänzend reiste sich diese Vorstellung den beiden ersten an. Die Deutsche Bühne kann auf ihre Leistung mit voller Genugtuung zurücksehen. Dies um so mehr, als sie sich die schöne Aufgabe gestellt hatte, mit der Aufführung des "Egmont" die Reihe der Goethe-Festen, die anlässlich des Jubiläums unseres größten Geisteshelden in unserer Stadt veranstaltet wurden, zu einem würdigen Abschluß zu bringen. Berücksichtigen wir die Schwierigkeiten, die mit der Durchführung eines solchen Unternehmens verbunden sind, so können wir der Deutschen Bühne nicht genug Dankbarkeit entgegenbringen für all die Mühen und Opfer, die jeder der Mitwirkenden der Allgemeinheit dargebracht hat. Die Aufführung weckte in dieser Zeit in uns ein besonderes Verständnis für das, was Grethe in seinem unsterblichen Werk zur Darstellung bringen wollte und was er seinem Helden in der Schlusszene in den Mund legt: "Freunde, höhern Mut! Im Rücken habt ihr Eltern, Weiber, Kinder! Schützt eure Güter! Und euer Liebtestes zu retten, fällt freudig, wie ich euch ein Beispiel gebe."

Gm. \*

X Zur Neuverpachtung schreibt der Verschönerungsverein das ihm gehörige, auf dem Schlossberge gelegene Grundstück Schlossberg Nr. 10 nebst Restauration aus. Die schriftlichen Oferter sind bis zum 1. Dezember d. J. dem Sekretariat des Vereins, Siegeleistraße (Cegielniana) 4, einzureichen. Unter den Bewerbern behält sich der Vorstand die Auswahl vor, ebenso die eventuelle Auflösung aller Bewerbungen. Die Pachtbedingungen sind gegen eine Gebühr von 1,00 Złoty vom Sekretariat zu beziehen.

\* Einbruch in ein Konfektions-Geschäft. In der Nacht zum Montag brachen Diebe nach schwerer Arbeit — sie hattent in fünf Wände Öffnungen zu schlagen — in den Läden des S. Plachaschen Konfektions- und Wäsche-Geschäfts, Ulrichstraße (Stará), ein. Hier stahlen die Täter Waren für etwa 300 Złoty.

## Thorn (Toruń).

# Apotheken-Nachtdienst von Donnerstag, 10. November, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 17. November, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 18. November, hat die "Löwen-Apotheke" (Apteka pod Lwem), Elisabethstraße (ul. Król. Jadhigi) 1, Fernprecher 269. \*\*

# Von der Weichsel. In langsamem Ansteigen begriessen, betrug der Wasserstand Mittwoch früh 0,91 Meter über Normal (gegen 0,82 Meter am Vorlage). — Aus Warschau trafen die Dampfer "Witeź" und "Goniec" ein, von denen leitgenannter wieder zurückfuhr. Auf der Fahrt von Dirschau bzw. Danzig zur Hauptstadt legten hier die Dampfer "Belwedre" und "Fredro" bzw. "Kratus" an. \*\*

v Offizielle Ausschreibung. Das Bezirksbaumanagement VIII in Thorn (Okregowy Urząd Budownictwa Nr. VIII w Toruniu), ul. Łazienna, hat nachstehende Arbeiten zu vergeben: 1. die Installation der Zentralheizung im Kasernengebäude des 65. Inf.-Regts. in Mewe (Gniezno) — am 21. 11. 1932 um 10 Uhr; 2. die Wasserleitungs- und Kanalinstallation in der Kaserne des gleichen Regiments — am 21. 11. 32 um 10.30 Uhr; 3. die Installation der Zentralheizung in der Wasch- und Badeanstalt des 65. Inf.-Regts. in Mewe — am 21. 11. 32 um 11 Uhr; 4. die Installationsarbeiten der Wäscherei und Badeanstalt des genannten Regiments — am 21. 11. 32 um 11.30 Uhr. Die Gesamt- und Einzelbedingungen, Kostenanschlagsformulare, Bezeichnungen usw. sind einzusehen und erhältlich beim Dr. Urs. Bud. Nr. VIII täglich von 12—13 Uhr. Das Recht der Ungültigkeitserklärung der Ausschreibung bzw. freien Auswahl der Bewerber bleibt vorbehalten. \*\*

# Die Feuerwehr wurde am Dienstag nach dem Hause Strobandsstraße (ul. Małe Garbary) 5 gerufen. In der hier befindlichen Handelschule von A. Berger war durch einen dicht an der Wand stehenden Ofen ein Teil der Wand und des Fußbodens in Brand geraten. In 20 Minuten war jede Gefahr beseitigt. Der Schaden ist unbedeutend. \*\*

## Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Am Sonntag, 12. November, 4 Uhr nachmittags, ins Deutsche Heim zum Wohltätigkeitsfest des Deutschen Frauenvereins! Deutsche Bühne und Orchesterabteilung wirken mit; Gesänge, Kapelle-Theater, Preisschleien, Verlosung usw. vervollständigen das Programm. Da es große Not zu Lindern gilt, darf wohl auf zahlreichen Besuch aus Stadt und Land gerechnet werden. (8862) \*\*

ef Briesen (Babrzewno), 9. November. Infolge plötzlichen Scheuwerdens der Pferde fuhr das Gefährt des Landwirts Chrząstowski aus Psieisdorf in das Schauspiel der des Kaufmanns Domachowski, wobei das Fenster vollkommen zertrümmert wurde. — Die Diebe statten dem Jagdschloß des Grafen Alvensleben in Wronau einen Besuch ab und ließen dabei mehrere Sachen mitgehen. — Aus bisher unbekannten Gründen brach auf dem Boden des Postgebäudes in Hohenkirch Feuer aus. Es gelang jedoch, den Brand zu löschen, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. — Bei dem Landwirt Drawert in Hohenkirch gelangten Diebe durch Einbrechen eines Loches in das Dach des Wohnhauses auf den Boden und stahlen zwei Bentner Mehl.

\* Culm (Chełmno), 9. November. Ein schweres Unglück ereignete sich Sonnabend am Schnittpunkt der Bahnlinie Unisław-Thorn-Mocker mit der Chaussee Raciniewo-Dąbrowa Chełmińska bei Kilometer 32, 2. Das auf dem Wege nach Bromberg befindliche Halbtafanto der Firma Henrich-Unisław wurde von dem Personenzug Nr. 3722 erfaßt und etwa 100 Meter mitgeschleift. Dabei erlitt der Chauffeur Arnold Heilemann schwere Verletzungen, während es drei anderen Mitzählern gelungen war, noch rechtzeitig abzuspringen. Das Unglück wurde einerseits durch starken Nebel, andererseits durch das Fehlen einer Bahnschranke und die Birgung der Strecke verursacht.

m Dirschau (Tczew), 8. November. Die hiesige Bahnhofspolizei verhaftete einen gewissen Heinrich Janowski, welcher versuchte, am Büfett im Wartesaal Falschgeld in Umlauf zu sehen. — In der letzten Nacht wurden dem Ansiedler Stefan Kołoski im benachbarten Dąbrowen 4 Bentner Roggen gestohlen. Die Diebe konnten ermittelt werden.

d Gdingen (Gdynia), 9. November. Während eines Trinkgelages wurde der Arbeiter Alfons Schulz aus Orla in seiner Wohnung durch Revolverschüsse so schwer verletzt, daß er in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert wurde. — Feuer entstand gestern abend im Hause des W. Richter, wahrscheinlich infolge Unachtsamkeit des Schornsteines. Es wurden mehrere Möbelstücke stark beschädigt, sonst ist der Schaden unbedeutend, da das Feuer bald gelöscht werden konnte. — Sämtliche hiesige katholische Parochien sowie die in Klein Szak, Groß Szak und Witomin sind dem Dekanat Gdingen unterstellt worden, das jetzt neu errichtet worden ist. Zum Dekan ist der Pfarrer T. Turzynski ernannt worden. — Erheblich bestohlen wurde im Wartesaal des Bahnhofs der Kaufmann Sikora, dem, während er schlief, unbekannte Täter einen Koffer mit Kleidungsstücken und eine wertvolle Aktentasche entwendeten.

d Gdingen (Gdynia), 9. November. Ein Prozeß, der hier großes Aufsehen erregt, begann heute vor dem Landgericht. Die Anklage wirft den ehemaligen Direktoren der Exportfirma "Koncern Morski" Unterschlagungen in Höhe von 14 000 Złoty vor. Es sind zahlreiche Zeugen geladen worden, darunter hochgestellte Persönlichkeiten. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern.

tz Konitz (Chojnice), 9. November. Daß die Zeit der Wunder nicht schon vor 2000 Jahren ihr Ende gefunden hat, bewies ein Vorfall, der sich kürzlich in unserer Stadt ereignete. Ein armer Taubstummer, Henryk Puchala, verkaufte Postkarten und bat schriftlich um Almosen und Unterstützung. Die Polizei wollte sich diesen Bedauernswerten einmal näher ansehen und führte ihn deshalb zum Bürgergericht. Ob die Erhabenheit dieses Raumes so überwältigend wirkte, läßt sich schwer feststellen, jedoch plötzlich konnte der Taubstummer wieder sprechen und hören! Das Gericht hatte anscheinend nicht das nötige Verständnis für dieses Wunder, denn es verurteilte P. wegen Betruges zu 3 Monaten Gefängnis.

h Löbau (Lubawa), 9. November. Der letzte Jahrmarkt wies keinen lebhaften Verkehr auf. Der Auftrieb von Vieh war mittel, die Preise hierfür zeigten eine sinkende Tendenz. Für Jungvieh zahlte man 20—80 Złoty, für Milchvieh 120—180 Złoty. Arbeitspferde wurden zu 80 bis 150 gehandelt. Alte Klepper gab es sogar unter 50 Złoty.

h Neumark (Nowe Miasto), 8. November. Nach jahrelanger Untätigkeit ist der hiesige Haushalter verband wieder zu neuem Leben erwacht. Auf der neulich stattgefundenen Sitzung waren über 60 Haushalter anwesend. Gesprochen wurde über die staatliche Gebäudesteuer, die übermäßige Steuerbelastung, die ungerechte Gebäudeabschätzung, das Mieterschutzgesetz und die Erhöhung der Schornsteinsegegebühren. Bechlossen wurde, in diesen Angelegenheiten bei der betreffenden Behörde vorstellig zu werden.

p Neustadt (Wejherowo), 9. November. Auf dem hiesigen Standesamt wurden für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober gemeldet: 22 Geburten, 8 Todesfälle und 6 Schehlebungen.

m Pelpeln, 8. November. Am Sonnabend, dem 5. d. M., beging der Rentier Johann Buchowski mit seiner Ehefrau geb. Schwonek, wohnhaft in Pelpeln, das seltene Fest der Goldenen Hochzeit.

a Schweiz (Swiecie), 8. November. Ein großer Betrieb herrschte heute aus Anlaß des hier stattgefundenen Karnevals. Vieh- und Pferdemärkte. Auf dem großen Marktplatz war es fast nicht möglich, durchzukommen. So mancher Verkäufer hatte große Verluste, da er bei der Fülle der Menschen nicht alles übersehen konnte und bestohlen wurde. Eine Landfrau hatte ein Pferd und zwei Kühe verkauft, den Erlös hatte sie ins Handtäschchen gesteckt und stand im Gewühl an einem Auto, in welchem Seife feilgeboten wurde. Dort wurde ihr das Geld gestohlen. Der Pferdemarkt wies ebenfalls einen sehr großen Betrieb auf. Es herrschte große Auswahl und waren Pferde im Preis von 100—400 Złoty zu haben. Auch der Viehmarkt war sehr reichlich beliefert. Gute Milchkühe waren für 250 Złoty, geringere Ware für 100—150 Złoty zu haben.

u Strasburg (Brodnica), 9. November. Diebstahl. Bei dem Besitzer Romanowski in Swierczyn bei Strasburg wurde in einer der letzten Nächte eingebrochen. Durch Eindrücken einer Fensterscheibe gelangten die Diebe ins Innere des Wohnhauses und stahlen Bettlen, Wäsche und etwa 50 Pfund Ränchenspeck. — Dem Schmied Bernhard Steinborn aus Brodzany bei Strasburg wurde sein Herrenfahrrad im Werte von etwa 150 Złoty gestohlen. Er hatte dasselbe während der Sonntagsandacht auf dem Hofe des Organisten Nechle stehen lassen. Man ist dem Täter auf der Spur. — In Reinbruch (Czyżewko) bei Strasburg stahlen Diebe dem Besitzer Bronisław Rutnicki zwei Ferkel im Werte von etwa 80 Złoty.

h Soldau (Działdowo), 9. November. Achtung, Kreisstagswahl! Da der Kreis Soldau durch Zuteilung mehrerer Gemeinden auf Kosten der benachbarten Kreise Strasburg (Brodnica) und Löbau (Lubawa) vergrößert worden ist, ist der Kreistag aufgelöst worden und war durch längere Zeit untätig. Auf Grund einer Verfügung der Thorner Woiwodschaft fachte man auf der letzten

## Graudenz.

## Thorn.

## Deutsches Klubhaus S. C. G.

Sonnabend: Klub-Abend. 8907

Sonntag: Familien-Abend.

Am Sonntag sind die Räume v. 16 Uhr geöffnet

Überzeugung, sowie

Umschreibungen

in Maschinenschr. dtch.-

polnisch, werden solide

und billig ausgeführt

Weiß, Plac 23 Stycznia 31

Telefon 62. 8813

## Für Konzerte

Gesellschaften u. Tanz,

empfiehlt sich son-

nabend 8 Uhr

Wallis, Toruń. 8793

Zimmer-Wohn.

v. kinderlos. Ehepaar z.

1. 1933 gefügt. Off. u.

D. 934 an Ann. Exped.

Wallis, Toruń. 8793

Richtl. Nachrichten.

Sonntag, d. 12. Nov. 1932

(25. Sonntag n. Trinitatis)

\* Bedeutet anschließende

Abendmahlsteier.

Altstadt. Kirche. Sonn-

abend, 7½ Uhr. Wochenend-

andacht, Pf. Heuer. Sonn-

tag, vorm. 12 Uhr. Kinder-

gottesdienst.

St. Georgen. Kirche.

Vorm. 10 Uhr. Gottesdienst.

Pfarrer Steffani, 11½ Uhr.

Kindergottesdienst, Mitt-

woch, abd. 7 Uhr. Bibeldik.

Dąbgor. Nachm. 4 Uhr.

Jungmännerfest, 5½ Uhr.

Jungmädchenfest.

Rogau. Vorm. 10 Uhr.

Gottesdienst. vorm. 10 Uhr.

Gottesdienst, vorm. 10 Uhr.

Gottes

Siebung den Beschluss, neue Wahlen zum Kreistag auszuschreiben. Als Stichtag ist der 6. Januar 1933 (Gl. drei Könige) ausgesetzt. Der Kreis ist in drei Wahlbezirke eingeteilt. — Ein Unglücksfall ereignete sich beim Landwirt Franz Ciecielski in Bialutten (Bialuty). Beim Getreidebrechen kam seine 22 Jahre alte Tochter Marta mit der einen Hand der Trommel zu nahe, wobei die Hand abgerissen wurde. Die Unglückliche musste ins hiesige Krankenhaus geschafft werden.

p Vandenburg (Wieckow), 9. November. Ein seltenes Naturwunder kann man bei der vorgebrachten Jahreszeit im Garten des Rittergutsbesitzers von Bothe auf dem Gute Bahn beobachten. Dorflebst tragen Himbeeren und Johannisbeeren zum zweiten Mal voll ausgereifte Früchte.

## „Es besteht Krieg mit Danzig?“

Die vierte Danziger Protestnote wegen vertragswidriger Warenbeschlagnahme.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 8. November 1932.

Der Präsident des Senats Dr. Biehm hat unter Bezugnahme auf seine Protestnote vom 22. September 1932 und 21. Oktober 1932 unter dem 7. November eine neue Note an den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig Minister Dr. Papé gesandt, in der der Präsident aus der Fülle täglicher Beschwerden einige herausgreift. In dieser Note heißt es u. a.:

Am 22. 10. 1932 beauftragte die Firma Schulz & Co., Danzig, Heilige Geistgasse 17, den Spediteur Rudolf Hohlweg aus Briesen (Babrzewno), der einen ausgedehnten Autofrachtbetrieb zwischen Polen und Danzig unterhält, 2 Pakete Pelzwaren nach Briesen zu befördern.

Diese Waren sollten dort bei einem befreundeten Kürschner verarbeitet werden. An der polnischen Grenzstelle Czattan (Czatkowy), die das Auto des Spediteurs passierte,

wurde die Ware beschlaghaft mit der Behauptung, die Einfuhr von Pelzwaren nach Polen sei verboten.

Der Spediteur Hohlweg hat gegen diese Beschlagnahme sofort an Ort und Stelle protestiert und von dem dienstuendem Beamten ein Protokoll anfertigen lassen, in welchem er ausdrücklich darauf hinwies, daß die Einfuhr dieser Waren weder verboten sei, noch daß es sich um Kontingentwaren handle, und daß die Beschlaghaftung zu Unrecht erfolgt sei. Am Tage darauf begaben sich zwei Angestellte der Firma Schulz & Co. nach Dirschau zum Zollamt, um den wahren Grund der Beschlaghaftung zu erfahren. Hier wurde ihnen erklärt, daß die Ware deshalb beschlaghaft worden sei, weil der Chauffeur die Ware angeblich versteckt gehalten haben soll und zwar auf dem Dach des Autos. Der Spediteur Hohlweg hat demgegenüber erklärt, daß davon gar keine Rede sein könne, denn er sei an der Grenzstelle nur nach einer Einfuhr verbotenen Waren befragt worden und habe daher nicht die geringste Veranlassung gehabt, etwas von den Pelzfächern zu erwähnen, deren Einfuhr nicht verboten sei.

Die Ware habe er auf dem Dache des Autos in Kisten untergebracht, weil sich die Pelzfächer in Pappkartons be-

fanden und bei dem starken Regen die Gefahr bestand, daß die Ware Schaden nehmen könnte. Der Amtsleiter des Dirschauer Zollamtes hat darauf erklärt, daß er nicht in der Lage sei, die Beschlaghaftung rückgängig zu machen und daß die Akten dem polnischen Zollinspektorat in Danzig zugesandt werden würden, bei dem die Firma sich Bescheid holen könnte. Als darauf die Firma bei dem polnischen Zollinspektor vor sprach, um Bescheid zu erhalten, wurde den Vertretern der Firma erklärt, daß

Firmen, die sich nicht der Kontrolle durch die polnischen Zollbehörden unterworfen haben, nicht empfangen werden.

Auf weitere Vorstellungen bei der diplomatischen Vertretung in Danzig wurde der Firma erklärt, daß sie sich an den polnischen Zollinspektor in Danzig, oder an das polnische Handelsministerium in Warschau beschwerdeführend wenden sollte.

In einem anderen Falle schreibt eine Firma aus Bielitz (Bielsko) an die Firma A. Faß in Danzig und teilt mit, daß durch die Zollkontrolle Waren beschlaghaft worden seien und daß die Zolldirektion eine Strafe von 250 Złoty festgesetzt habe. Es ist weiter der polnischen Firma mitgeteilt worden, daß sie von der Strafe befreit werden würde, wenn sie nachweise, daß die Danziger Firma sich dem polnischen Zollinspektor in Danzig unterworfen habe.

Präsident Biehm schreibt an Minister Papé:

„Ich muß ernst Protest erheben gegen diese Schikanen, die von polnischen Behörden gegen Danziger Firmen angewandt werden, und insbesondere muß ich dagegen protestieren, daß polnische Behörden mit rechtswidrigen Mitteln Danziger Firmen anwingen wollen, sich polnischen den Verträgen widersprechenden Willkürakten zu unterwerfen. Ich weise auch wiederholt darauf hin, daß polnische Beamte ihr Verhalten damit begründet haben.“

## „Es besteht Krieg mit Danzig.“

Ich brauche auf die großen Gefahren, die für die Danziger-polnischen Beziehungen einem solchen Verhalten polnischer Dienststellen notwendig entspringen müssen, nicht besonders aufmerksam zu machen.“

Die Danziger Regierung hat dem Hohen Kommissar eine Abschrift dieser Note zur Kenntnis gebracht.

## Endlich wieder Danziger-polnische Verhandlungen.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 9. November 1932.

Nach seiner Rückkehr aus Warschau hat der diplomatische Vertreter der Republik Polen Minister Dr. Papé heute vormittag dem Präsidenten des Senats Dr. Biehm einen Besuch gemacht und im Namen seiner Regierung die Danziger Regierung eingeladen, eine Kommission von Sachverständigen zur Behandlung der schwierigen Wirtschafts- und zollpolitischen Fragen nach Warschau zu entsenden. Die Danziger Regierung hat sofort ihre Bereitschaft erklärt und gebeten, daß die Verhandlungen bereits morgen, also am Donnerstag, 10. November,

in Warschau aufgenommen werden. Polen hat ausgestimmt und so wird die Danziger Delegation bereits heute abend nach Warschau abreisen. Sie wird geführt werden von dem Danziger Handelssektor Dr. Althoff. Weiter werden ihr u. a. angehören: der Leiter der Danziger Zollverwaltung Staatsrat Kunst und Oberregierungsrat Briesewich, der erste Mitarbeiter von Senator Althoff in der Handelsabteilung des Senats.

Die Streitfragen, die auf Grund des politischen Antrages an den Hohen Kommissar vom 15. 9. 31 betr. Schadensabschöpfung wegen angeblicher Verstöße der Danziger Zollverwaltung, des weiteren polnischen Antrages vom 29. 2. 32 betr. die Danziger Kontingente, sowie auf Grund des Danziger Antrages vom 18./19. 4. 32 betr. die Nationalisierung von Waren in Danzig, zwischen Danzig und Polen schwelen, haben verschiedentlich zu Verhandlungen zwischen den Parteien zum Teil unter dem Vorsitz des jeweiligen Hohen Kommissars in Danzig geführt. Weitere Verhandlungen haben auch mit den vom Völkerbund berufenen neutralen Sachverständigen stattgefunden, und zwar in Danzig, in Territet und in Genf. Die Sachverständigen haben daraufhin zu einer Gutachten erstaatet, und zwar eins über Zollangelegenheiten und ein zweites über Kontingentangelegenheiten mit den damit zusammenhängenden Fragen. Schließlich hat sich in Genf der damalige Verwaltungsdirektor beim Sekretariat des Völkerbundes, Helmar Rosting, bemüht, ein Arrangement über diese oben angegebenen Streitfragen auf der Basis der Gutachten herzustellen. Diese Bemühungen sind dann von Herrn Helmar Rosting nach seiner Ankunft in Danzig als Hoher Kommissar weiter fortgesetzt worden, ohne daß es bisher zu einem abschließenden Ergebnis gekommen ist.

Falls die Verhandlungen nunmehr nicht zu einem Ergebnis führen, wird der Hohe Kommissar am 20. November über diese Streitfälle auf Grund der erstaateten Gutachten eine Entscheidung fällen. Die Behandlung der Streitfälle in Warschau bedeutet also gewissermaßen eine letzte Phase der Versuche, auf dem Wege der Vereinbarung zu einem modus vivendi zu kommen.

In Danzig steht man in weiten Kreisen der Bevölkerung auf dem Standpunkt, daß die Regierung unter keinen Umständen wichtige Lebensrechte der Freien Stadt aus der Hand geben darf, auch nicht das Recht auf Eigenkontingente, ohne absolute entsprechende Sicherstellung der Danziger Wirtschaft. Man hat den Eindruck, daß die Regierung in ihrer Verständigungsbereitschaft bis an die Grenze des Zulässigen gegangen ist und daß eine Verständigung nur möglich ist auf der klaren Rechtsgrundlage.

## Die Einführung des Bloß auf den Danziger Eisenbahnen.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 9. November.

In der Frage der Einführung des Bloß auf den Danziger Eisenbahnen hat Danzig beim Hohen Kommissar des Völkerbundes den Antrag auf sofortige Entscheidung gestellt.

Der Dziennik Ustaw vom 31. 10. 32 hat bekanntlich eine Verordnung des Verkehrsministers über die Einführung der Ausschließlichkeit der polnischen Valuta bei den Eisenbahngebühren auf dem Gebiete der freien Stadt Danzig gebracht.

Die Verordnung heißt im Wortlaut:

§ 1. Die Beförderungsgebühren (Fracht- und Zuschlagsgebühren) und andere Kosten, welche die Eisenbahnkassen auf den Stationen der Eisenbahnen, die auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig sich in polnischer Verwaltung befinden, im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen, Gepäck und Gütersendungen sowie Gütersendungen erheben, sowie auch die Gebühren, die im Zusammenhang mit anderen Leistungen dieser Eisenbahnen stehen, werden nur in polnischer Valuta angenommen.

§ 2. Die entsprechenden Tarifänderungen werden gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung eingeführt.

§ 3 bestimmt, daß diese Verordnung am 1. Dezember 1932 in Kraft tritt.

Nachdem die Danziger Regierung schon bei Ankündigung einer solchen Verordnung ihren Rechtsstandpunkt der polnischen Regierung am 28. Oktober 1932 mitgeteilt hatte, hat sie unterm 8. November eine

Note an den Hohen Kommissar des Völkerbundes gerichtet, in der sie erklärt, daß die polnische Regierung mit ihrer Verordnung die Entscheidung des Hohen Kommissars vom 5. 9. 31 verletzt, die damals ausdrücklich die deutsche Währung als Währung der Danziger Bevölkerung bezeichnete, die allein für den Fahrkartenverkauf in Frage komme, ebenso das Danziger Währungsabkommen, das in Art. 8 ausdrücklich bestimmt: Insbesondere wird also der Danziger Gulden von allen der Republik Polen unterstellten Kassen im Gebiete der Freien Stadt Danzig in voller Höhe des Guldenwertes angenommen werden.“

In der Danziger Note heißt es dann u. a., daß die Verordnung des Verkehrsministers eine Streitfrage präjudiziere und eine Handlung sei, die die Danziger-polnischen Beziehungen gefährden und ernstlich hindern“.

Die Interessen der Danziger Bevölkerung werden aufs schwerste beeinträchtigt, wenn die bei den Eisenbahnen zu entrichtenden Gebühren nur in polnischer Währung angenommen werden. Schon jetzt ist die Empörung der Danziger Bevölkerung über die Missachtung ihrer Interessen durch die polnische Regierung ungeheuer groß. Diese Empörung ist begreiflich, zumal von der Verordnung alle Kreise der Danziger Bevölkerung, nicht nur die Wirtschaftskreise, betroffen werden. Die Veröffentlichung der Verordnung des Verkehrsministers, die der Danziger Bevölkerung zeigt, daß die polnische Regierung entschlossen ist, in Widerspruch mit einer völlig klaren Rechtslage, ihr die polnische Währung aufzuzwingen, muß daher die guten Beziehungen aufs ernstliche stören...

Die Note bittet dann den Hohen Kommissar, eine action directe festzustellen.

Die Frage wird jedoch erst ihre Erledigung bei der am 21. November in Genf beginnenden Tagung des Rats des Völkerbundes finden.

Helmar Rosting, der vorläufige Hohe Kommissar, hat nämlich an den Generalsekretär des Völkerbundes die Bitte gerichtet, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß diese Frage auf die Tagessitzung der nächsten Tagung des Rats gesetzt werde, damit vor dem 1. Dezember, dem für das Inkrafttreten der Verordnung vorgesehenen Zeitpunkt, eine Entscheidung durch den Rat gefällt werden kann.

Helmar Rosting steht nämlich auf dem Standpunkt, daß der Rat sich durch seinen Beschluß vom 18. 9. 1925 über die action directe das Recht der Entscheidung über die Fragen einer action directe vorbehalten hat und daß nur im Falle, wo es gefährlich wäre, den Zusammentritt des Rats abzuwarten, der Hohe Kommissar berufen ist, in diesen Fragen zu entscheiden.

## Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 12. November.

Königs Wusterhausen.

06.35: Von Königsberg: Konzert. 10.10—10.40: Von Frankfurt: Schulfest. 11.00: Stunde der Unterhaltung. 12.00: Weiter. Anschl.: Ein Streifzug durch neue Schallplatten. 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderbastelstunde. 15.45: Frauenbücherstunde. Dr. Margot Nieß: Kulturgeschichte der Frau. 16.00: Ernst Kaul: Wie berechnet man Ebbe und Flut? (Das Wunder der deutschen Gezeiteneichenmaschine.) 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. Prof. Dr. Muckermann: Erbbauliche und Umweltentwicklungen. 17.50: Rüdiger Gruber: Literarische Visionen (II) von Ilse Linden. 18.05: Musikalische Wochenzeit. Dr. Erdmann Werner Böhme: Musik und Musiker im Roman der letzten Jahre. 18.30: Dr. Johannes Günther: Deutsch für Deutsche. Umgangssproche. 18.55: Werner Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. 19.00: Französischer Unterricht. 19.40: Stille Stunde. Die uns die Nächsten sind. 20.05: Übertragung von Frankfurt. Von Festspieltheater Worms, außengen der Wormser Winterhilfe. 1. Romantisches Konzert. Gunzendorf, Ltg.: Hans Rosbaud. Solist: Jean Stern, Bariton, vom Frankfurter Opernhaus. 2. Unter Teil. Mitw.: Karl Löwen, Tenor, Berlin; Margaretha Techemacher, Berlin, Sopran; Karl Napp, Köln, Konzert; Willy Rosen, Berlin, u. a. m. Musik: Reinhold Merten; Gunzendorf. In der Pause (21.00 ca.): Tages- und Sportnachrichten (I). 22.30: Weiter. Tages- und Sportnachrichten (II). Anschl. bis 00.30: Von Berlin: Tanzmusik und Hörbericht vom Sechstagerennen im Sportpalast.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Königsberg: Konzert. 11.30 ca.: Von Königsberg: Konzert. 13.05 ca.: Schallplatten. 14.05: Schallplatten. 16.30: Von Berlin: Unterhaltungskonzert. 18.00: Das Buch des Tages. 18.40: Zeitdienst. 19.15: Abendmusik (Schallplatten). 20.00: Zur Unterhaltung. Mitw.: Maria Gerhart, Staatsoper Wien; Albert Peters, Tenor, Berlin; Bruno Schaefer, Harfe; Gunzendorf, müss. Ltg.: Franz Marszałek. 22.30—24.00: Von Berlin: Tanzmusik. 00.30: Von Berlin: Hörbericht vom Sechstagerennen.

Königsberg-Danzig.

06.35—08.15: Frühstück. 09.00: Schulfunk. 11.05: Kleintierfunk. 11.30: Konzert. 13.30—14.30: Bergaufgangs Woche (Schallplatten). 14.30—14.30: Danzig: Schallplatten. 15.30: Von Danzig: Bastelstunde für unsere Kleinen. 16.00: Von Danzig: Konzert. 17.35: Auf Vorposten für das evangelische Ausland deutschum. 18.35: Span. Komponisten. Eugenie Preymüller, Cello; Leopold Preymüller, Violin; Flügel: Karl Ninke. 19.10: Schlangenjäger. 19.25: Liederstunde. Eva Liebenberg. Am Flügel: Leo Taubmann. 19.55: Weiter. 20.00: Von Breslau: Zur Unterhaltung. 22.00: Weiter, Nachr., Sport. Anschl. bis 00.00: Von Berlin: Tanzmusik.

12.10: Schallplatten. 16.25: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 18.00: Tanzmusik und leichte Musik. 20.00: Leichte Musik. Hörbericht. Dr. Namrot. Solist: Bronski, Tenor. 22.05: Chopin-Klavierkonzert. Alexander Brachocki. 23.00—24.00: Tanzmusik.

## Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Ansenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beigelegt. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

S. A. Wenn die Mieter vertraglich zur Belastung von Treppe und Flur verpflichtet worden sind, so können Sie das erzwingen. D. h. es kann dies für Sie einen Kündigungsbegründ abgeben, und außerdem können Sie auf Erfüllung dieser Verpflichtung klagen.

Oskar F. Bromberg. 1. Wenn die Ansprüche der Angestellten an erste Stelle gerückt sind, so ist es selbstverständlich, daß sie auch vor den Hypotheken rangieren. 2. Der Einsatz für Private ist durch Verordnung des Finanzministers vom 10. herabgesetzt worden; er darf höchstens 12 Prozent betragen. 3. Der Hauswirt ist nicht berechtigt, bei Ausfall von Miete Abzüge an der Gebäudesteuer zu machen.

N. Nr. 2000. Die von Ihnen Nachbar verübte Handlung fällt entweder unter den Art. 268 oder den Art. 271 des neuen polnischen Strafgesetzbuchs. Nach Art. 268 § 1 wird, wer eine fremde Sache beschädigt oder unbraubar macht, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Haft bis zu 2 Jahren bestraft. Nach Art. 271 wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Haft bestraft, wer gegen den Eigentümer eines Gutes Gewalt oder strafbare Drohung anwendet, um den Schutz des Rechtes zu verhindern.

7. 11. 1932. Die 20 000 Mark hatten nur einen Wert von 16,60 Złoty zurückzuzahlen hätten.

Nr. 200. Das alte Testament könnte an sich im gerichtlichen Depot verbleiben, aber wenn der Überlebende Ehegatte das Verfügungsrécht über den Nachlaß des Verstorbenen erhalten will, so muss er einen Erbschein haben, den er nur auf Grund des alten Testaments erhaben kann. Deshalb wird eine Öffnung des alten Testaments sich als notwendig erweisen. Interessiert ist dabei auch die Steuerbehörde, die Anspruch auf Erbschaftsteuer geltend machen wird, wenn der Nachlaß 10 000 Złoty überschreitet. In sich wird, wie gesagt, die Gültigkeit des neuen Testaments durch das alte neue zum Teil die Rechtsgrundlage.

Bomlach 100. 1. Die Forderung war nach 7 Jahren längst verjährt (Verjährung tritt in 2 Jahren ein). Sie hätten also nicht nötig gehabt, den Betrag zu bezahlen. 2. Die Amtsprache ist polnisch, deshalb müssen Urkunden, die jetzt in irgend einem Verfahren gebraucht werden, ins Polnische übertragen werden — natürlich nur durch eine amtliche Stelle, in diesem Falle wohl durch den Standesbeamten.

Nr. 1000. P. P. Wenn die Gläubiger Sie bedrängen, können Sie bei Ihrem zuständigen Gericht Zahlungsaufschub beantragen. Der Aufschub kann Ihnen erteilt werden, wenn Ihr Grundstück so beschaffen ist, daß es für eine vollständige Befriedigung Ihrer Gläubiger die Garantie bietet.

Osterholzhausen B. 2. Das städtische Lebensmitteluntersuchungsamt in Bremberg (Ulrich Badische Siedlung Spozyszywo w Bydgoszcz, ul. Marszałka Tucholskiego) macht solche Untersuchungen auch für Private. Wir stellen Ihnen anheim, sich an dieses zu wenden.

D. 471. Der Hausbesitzer kann unmöglich für jede Extravaganz eines Mieters verantwortlich gemacht werden. Er hat wohl für Flur- und Treppenbelästigung zu sorgen, aber er draht nicht die Außenfront des Hauses zu beleuchten, damit die Mieter bequem statt durch die Haustür durch Fenster in ihre Wohnung gelangen können. Wer das tut, tut dies auf eigene Gefahr, und außerdem kann ihn der Hausbesitzer noch für eine etwaige Beschädigung des Mauerwerks am Fenster verantwortlich machen.

# Der Reichskanzler vor der Auslands presse.

## Nationale Konzentration.

Reichskanzler von Papen hielt auf einem Essen der ausländischen Presse am Dienstag mittag eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Meine Herren!

Sie werden von mir zunächst eine Äußerung über die Lage erwarten, die durch den Ausgang der Reichstagswahlen bedingt worden ist. Ich kann meinen Gesamteinindruck dahin zusammenfassen:

Eine erfreuliche Zunahme des Verständnisses für die Regierungsarbeit ist festzustellen.

Keine Partei wird noch Berechtigung zu der Annahme haben, daß sie die Alleinherrschaft in Deutschland ausüben kann. Dagegen glaube ich die Hoffnung hegen zu dürfen, daß es nunmehr zu einer wirklichen nationalen Konzentration kommt; möge die erfreuliche Einigkeit, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der auswärtigen Politik durch alle Parteien hindurch befeelt, jetzt auch der Führung der Gesamt politik die notwendige breite Grundlage schaffen!

Personalfragen spielen hierbei — ich habe es schon immer betont — keine Rolle. Die sachlichen Ziele der Regierung, die Sie kennen, werden unverändert verfolgt werden.

**Deutschland ist seit jeher das Schlachtfeld der Ideen gewesen.**

Als die modernen Nationalstaaten sich bildeten, standen wir noch im Schatten der universalen Idee des Heiligen Römischen Reiches. Daß vor 800 Jahren ein schwäbischer König auf deutschem Boden sein Leben gelassen hat für eine weltbewegende Idee, die von Deutschland ausgegangen war, für den protestantischen Glauben, ist bezeichnend für unsere Stellung innerhalb des Weltgeschehens. Auch heute, meine Herren, berühren sich bei uns nicht nur die verschiedenen Konfessionen, sondern auch die verschiedenen Welt- und Staatsanschauungen unseres Erdteils.

**Deutschland bildet das Kampffeld zwischen dem Nationalismus des Westens und dem Imperialismus des Ostens.**

Politischer Kampf ist bei uns zugleich ein Kampf der Weltanschauung. Schöpferisch kann deshalb in Deutschland heute mehr denn je nur eine Politik sein, die aus dem Glauben kommt. Diesem tiefsten Grunde entstammt allerdings auch großenteils die das Ausland oft befremdende Schärfe unserer politischen Gegenseite. In diesem Schicksal, dauernd Tremdes bei uns aufzunehmen, zu verarbeiten und unserer eigenen Kultur einzufügen, und dabei die großen Gegensätze unseres Kulturreises auszugleichen und zu versöhnen, liegt zugleich die besondere Aufgabe unseres Landes, das im geistigen, wirtschaftlichen und politischen Geben und Nehmen unlöslich mit der übrigen Welt verflochten bleibt. Unsere Lage als

Mittelland Europas

und unsere geschichtliche Entwicklung hat uns einen unerschöpflichen Reichtum kultureller Gestaltung in den verschiedenen deutschen Stämmen und Ländern beschert, dessen Pflege und Förderung die große Aufgabe der deutschen Kulturpolitik sein muß. Aber nach außen stellt sie uns ebenso dringend vor das Problem kultureller und politischer Selbstbehauptung. Vornehmlich in politischer Beziehung ist unsere Mittellage voller Gefahren. Sie hat eine Fülle von Problemen geschaffen, wie sie Völker gesicherter Lage nicht kennen. Sie setzt auch unsere innere Entwicklung fortwährend unter den Druck der Außenwelt. Namentlich unserer heutige politische Lage ist nur verständlich aus jener unablässigen Verflechtung von Innen- und Außenpolitik in den letzten 20 Jahren.

Mancher, der hente im Auslande die Stärke unserer radikalen Strömungen mit Besorgnis verfolgt, wird sich gestehen müssen, daß diese ihre stärksten Antriebe aus den politischen Methoden erhalten haben, die man seit 1918, von außen her gegen uns gewandt hat. Wie soll eine Regierung das nötige Ansehen vor ihren Bürgern haben, wenn sie mit einseitigen Diskriminierungen gegenüber dem Auslande belastet und nicht imstande ist, ihnen das primitivste Lebensrecht, die Sicherheit nach außen hin zu gewährleisten?

Die lange Reihe der Interventionen der „Siegermächte“, welche den deutschen Regierungen immer neue Demütigungen zumuteten, trägt ein großes Maß von Schuld an der allgemeinen Radikalisierung und der Verschärfung der innerpolitischen Lage. Keiner von Ihnen wird die Schwierigkeiten verkennen, die als Folge der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse, insbesondere aber als Folge des unheuren politischen Drucks aufgetreten sind, der in den letzten 18 Jahren auf uns lastete: Die ungeheure wirtschaftliche Not, die Zerrissenheit unserer Volksstimung und unseres Parteinehms.

Aus diesem geistlichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ergibt sich für das deutsche Volk die schwierige Aufgabe, eine Gestalt für seine Staatsführung zu finden, welche den dauernden Notwendigkeiten seiner Lage in Mitteleuropa und den besonderen Schwierigkeiten seiner heutigen Situation in gleicher Weise entspricht. Die erste Voraussetzung hierzu ist die Wiederherstellung der vollen Hoheit des Staates und die Einrichtung einer stetigen mächtigen Regierungsgewalt. Eine solche

**autoritäre Staatsführung,**

meine Herren, steht nicht im Widerspruch zu dem Grundsatz der Demokratie. Demokratie und Autorität sind keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen. Die Augen der Welt sind heute auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika gerichtet, wo ein großes Volk seine Staatsführung für die nächsten vier Jahre in die Hände eines Mannes legt. Ist es denn undemokatisch, frage ich, einen dem Lande verantwortlichen Staatschef zu wählen? Dann kann es nicht weniger demokatisch sein, die konynen Mächte der Parteibürokratie, die sich zwischen Regierung und Volk gehoben haben anzuschalten. In unserem deutschen Reichspräsidium hat sich die Wahl durch die Mehrheit des Volkes, also ein Akt unmittelbarer Demokratie, mit der geschichtlichen Autorität seiner Person vereinigt, damit ist der ruhende

Pol geschaffen, von dem aus auch die verschiedensten Bewegungen unseres politischen Lebens gemeistert werden können.

Sie werden mit mir der Ansicht sein, meine Herren, daß die Herstellung einer innerlich starken deutschen Staatsgewalt nicht nur eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland, sondern

## das zentrale Problem für Europa

ist. Unsere Lage in der Mitte unseres Erdteils bringt es ja mit sich, daß sich alle Erschütterungen unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse auf alle übrigen Staaten Europas und auf die meisten Staaten der Welt übertragen müssen. Und deshalb muß ich hier nochmals mit Nachdruck hervorheben:

Es wird nicht Ruhe und Frieden in Europa herrschen, bis man nicht dem deutschen Volke die lebensnotwendigen Voranzeihungen zugesandt hat, die ihm eine friedliche und sichere Entwicklung gewährleisten.

Sie kennen unsere Forderungen! Deutschland kann nicht heute, 14 Jahre nach der Beendigung des Krieges, noch immer in der Rolle des Besiegten festgehalten werden.

Wir verlangen die Gewährung der gleichen Rechte, die für alle anderen gelten, nicht als eine Gnade oder eine Wohltat, sondern als unseren unverzichtbaren Anspruch. Ich stelle hier nichts Neues fest, wenn ich ausspreche:

## Der Vertrag von Versailles hat keinen wahren Frieden gebracht.

Er hat es offenbar selbst nicht gewollt, denn er trägt nicht einmal den Namen eines Friedensvertrages. Und in seiner Einleitung fehlt die sonst übliche Verheißung, daß von nun an Friede und Freundschaft zwischen den bisherigen Kriegsführenden herrschen solle. Er ist ursprünglich

nur als Präliminarvertrag

gedacht gewesen, und er enthält eine Revisionsklausel, die für alle seine Bestimmungen gilt. Es muß das Ziel nicht allein der deutschen, sondern der europäischen Politik sein, die Bestimmungen, die durch Zwang auferlegt wurden, durch Lösungen zu ersetzen, die dem freien Ernehmen aller Beteiligten entspringen. Darin sollten andere Völker uns helfen und unseren Bestrebungen Verständnis entgegenbringen.

Denn weder durch List, noch durch Drohungen werden wir uns für alle Zukunft an Lösungen binden lassen, die uns mit Gewalt aufgezwungen werden. Unser Weg wird der Weg friedlicher Verständigung sein. Wir haben diesen Weg in Locarno beschritten und in Lausanne fortgesetzt, und wir werden ihn weitergehen, um jenen großen Grundsätzen, auf die vertrauend wir 1918 die Waffen niedergestellt, die Herrschaft über Europa zu verschaffen.“

Der Reichskanzler streifte dann kurz die Aufgabe und Bedeutung der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz, um im Anschluß daran fortzufahren:

Niemals wird die europäische Wirtschaft zur Ruhe kommen, niemals wird sie die für ihr Gedanken sichereren Grundlagen erhalten, wenn nicht jene Konzeption einer einigen und friedlichen Völkergemeinschaft Wirklichkeit wird, die ich als das Endziel der deutschen Politik bezeichnet habe, und niemals wird dieses Endziel erreicht werden, wenn nicht die großen Grundsätze der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf allen Gebieten anerkannt und durchgeführt werden.

Sie kennen den Kampf, den wir heute um unsere Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage zu führen haben. Ich brauche Ihnen unseren Standpunkt nicht zu erläutern, er ist der Welt aus vielen Reden und Veröffentlichungen bekannt, insbesondere aus der Aufzeichnung, die dem französischen Botschafter am 29. August übergeben wurde.

## Unser Anspruch auf die allgemeine Abrüstung

gibt uns die unerschütterliche Grundlage für unser Handeln. Von dieser Grundlage aus werden wir alle Pläne beurteilen, die uns vorgelegt werden. Unsre Frage an sie lautet: Gewährleisten sie eine wirkliche Abrüstung nach Methoden, die für alle in gleicher Weise gelten mit dem Ergebnis, daß allen die gleiche Sicherheit gewährt wird?

## Der französische Plan

setzt anscheinend voraus, daß alle europäischen Festlandstaaten gleichartige Heere erhalten. Das erscheint vom deutschen Standpunkt aus durchaus diskutabel. Wir haben zurzeit eine Heeresverfassung, die uns durch Diktat aufgezwungen wurde, und führen Klage darüber, daß unsere Soldaten nicht mit denen anderer Länder gleichwertig sind, weil sie nicht die gleiche Bewaffnung wie diese führen dürfen. Die Französische Regierung geht anscheinend davon aus, daß erst gleichwertige Wehrverfassung und gleichwertige Bewaffnung die Heere der verschiedenen Länder wirklich vergleichbar macht. Diesen Standpunkt erachte ich als einen großen Fortschritt. Es ist unbestreitbar, daß wir, wenn es gelingt, allen Heeren den Charakter reiner Defensivmittel zu geben, wir einen entscheidenden Schritt in der moralischen Abrüstung und Befriedung der Welt vorwärts gekommen sein werden.

Nur durch gleiches Wehrsystem mit gleicher Bewaffnung, deren Potential der Länge und Verwundbarkeit der Grenze, wie der Zahl der Nachbarn angepaßt sein muß, läßt sich auch gleiche Sicherheit für alle Völker erzielen.

Die Deutsche Regierung, die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter den Gesichtspunkt wirklicher allgemeiner Abrüstung. Sie wird jede Maßnahme begrüßen, welche die Defensivkraft im Gegensatz zur Angriffskraft stärkt und Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit verwirklicht.“

## Günstige Aufnahme

### der Kanzler-Rede in Frankreich.

Paris, 9. November. (Eigene Meldung.) In den Kommentaren der französischen Presse wird darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler in seinen Ausführungen augenscheinlich über die bisher von der Gleichberechtigung gegebene Auslegung hinausgegangen sei, da er nicht von qualitativer, sondern von allgemeiner Gleichberechtigung gesprochen habe. Ferner sei zu bemerken, daß in der Rede Papens kein klarer Hinweis auf den Abschnitt des französischen Planes von der „französischen Sicherheit“ enthalten sei, und daß der Reichskanzler einmal das Wort „Völkerbund“ ausgesprochen habe.

Der „Petit Parisien“ bezeichnet die Rede von Papens als bedeutend. Abgesehen von einer gewissen einseitigen (!) Auffassung des Versailler Vertrages unterscheidet sich die Rede von früheren Kundgebungen durch ihren verbündeten Ton und durch ihre gewandte Beweisführung. Die Stelle, die vom „französischen Plan“ handelt, sei in besonders maßvollen Ausdrücken gehalten und verrate den Mut, über die französische Anregung zu verhandeln.

Die radikalsozialistische „Ere Nouvelle“ erklärt, die Worte Papens stellten einen fühlbaren Fortschritt dar. Der Reichskanzler habe endlich den glühenden Friedenswillen Frankreichs (?) anerkannt und zugegeben, daß Frankreich loyal an der Versöhnung arbeite (?). Frankreich sei sicherlich nicht schuld daran (?), wenn diese Versöhnung noch nicht verwirklicht worden sei. Seit Monaten sei man eine solche Sprache nicht mehr gewohnt. Das Blatt „Herrichts“, hierüber außerordentlich erfreut, will deshalb einige auf die Vergangenheit bezügliche Vorwürfe beiseite lassen. „Wir sind“, so schreibt die „Ere Nouvelle“, so aufrichtig glücklich über die Haltung des Reichskanzlers, daß wir davon absehen wollen, das zu unterstreichen, was uns trennt. Wir wollen nur das beachten, was uns eint. Noch eine kleine Anstrengung, noch ein etwas größerer Wille, noch einige Schritte vorwärts und vielleicht werden wir sehen, daß wir uns nur infolge eines Missverständnisses nicht verstehen.“

## Hitler:

### Alles oder nichts!

Das Pariser „Oenvre“ veröffentlicht ein recht unglaubliches Interview mit Hitler, das jetzt auch in der reichsdeutschen Presse die Runde macht. „Ich soll mit Papen verhandeln?“ soll der Führer der Nationalsozialisten erklärt haben. „Niemals im Leben. Ich selbst habe von Papen aus dem Dunkel herausgeholt, wo er hätte bleiben sollen. Was liegt mir an einem Titel. Ich laufe jeden Augenblick Gefahr, einem Attentat zum Opfer zu fallen. Da soll ich irgendwelchen Wert darauf legen, ein lächerliches Portefeuille eines Befanzlers zu ergattern? Ich bin unabhängig nach jeder Richtung. Ich brauche kein Geld. Ich verdiene genug mit meinen Büchern, jedenfalls mehr, als ich ausgeben kann. Ich habe meine Ansichten nicht geändert. Ich will alles oder nichts, und wenn der Reichspräsident mich jetzt wieder rufen läßt, so werde ich vor ihm genau die gleiche Sprache führen.“

## \* SA-Pfarrer?

Baut Mitteilung des „Bayrischen Kuriers“ vom 29. Oktober 1932 soll die oberste SA-Führung der NSDAP, Leitung Stabschef Röhm, nachstehende Anordnung erlassen haben:

Bei den Gruppenkommandos sind ab sofort je ein SA-Geistlicher einzustellen. Die Herren Pfarrer müssen Parteigenossen sein und stehen im Range eines Sturmbannführers z. B. V. Bestätigung bzw. Bestallungsurkunde nur durch die Oberste SA-Führung direkt. Bei den Feldgottesdiensten der SA, die möglichst mit Fahneneinweihungen zu verbinden sind, sprechen ab 15. 10. 1932 nur die SA-Geistlichen. Der Pg. Pfarrer Münnemer, M. d. R., wird als Spezialreferent für die Geistlichen in der SA ab sofort in die Oberste SA-Führung berufen.“

## \* SA-Berbot im Saargebiet.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat soeben beschlossen, sämtliche militärischen Organisationen der NSDAP, insbesondere der Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS) und sonstige Einrichtungen einschließlich der SA-Beobachter, SA-Referenzen, Motorstürme des nationalsozialistischen Kraftfahrtkorps, der nationalsozialistischen Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Zeugmeisterei mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

## Nach dem Verlehrsstreit.

### Ein Sabotageakt.

Berlin, 9. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie bereits gestern mitgeteilt wurde, ist der Verkehr auf allen Linien in Berlin wieder aufgenommen worden. Die Front der Streikenden hat sich, nachdem der Verlehrsstreit abgeblasen worden ist, rasch aufgelöst. Wie die Direktion der Berliner Verkehrsgeellschaft mitteilt, werden 2500 Mann von den Streikenden nicht wieder eingestellt werden. Fahrer, Schaffner und das übrige Personal, abgesehen von den 2500 Entlassenen, haben sich zur Aufnahme der Arbeit wieder eingefunden.

Am Billow-Bogen explodierte gestern abend nach 9 Uhr unter donnerähnlichen Schlägen ein Sprengkörper. Nach den Feststellungen der Polizei ist der Sprengkörper von den Insassen eines Autos, das die Billow- und Frohnen-Straße kurz gestoppt hatte, auf den Bahnhöpfer geworfen worden. Passanten sind durch die Explosion glücklicherweise nicht verletzt worden. Die Berliner Verkehrsgeellschaft und das Polizeipräsidium haben für die Ermittlung der Täter hohe Belohnungen ausgesetzt.

## Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,  
im Café und auf den Bahnhöfen die

**Deutsche Rundschau.**

# Wirtschaftliche Rundschau.

## 23 Millionen Ausfuhrüberschuz im Oktober.

Die vom Statistischen Hauptamt in Warschau veröffentlichten provisorischen Berechnungen über den Stand des polnischen Außenhandels einschließlich des Freistaates Danzig ergeben einen Ausfuhrüberschuz im Oktober von 22 998 000 Zloty. Die Ausfuhr betrug 1 195 821 To., im Werte von 96 861 000 Zloty. Die Einfuhr belief sich auf 173 821 To. im Werte von 73 863 000 Zloty.

Das Gesamtvolume des polnischen Außenhandels hat sich gegenüber dem Monat September nur wenig verändert. Gestiegen ist die Ausfuhr um beinahe 90 000 To., was eine Mehreinnahme von kaum 8,9 Millionen Zloty ergibt. Dem gegenüber steht die Tatsache, daß auch die Einfuhr um ca. 8000 To. zugenommen hat, die gleichfalls ein Mehr von 8,9 Millionen Zloty bedeutet. Man muß jedoch berücksichtigen, daß die Einfuhr sich bei der starken Einschränkung lediglich auf hochwertige, für den Produktionsprozeß unbedingt notwendige Waren bezieht. Das Mehr der Ausfuhr gegenüber dem Monat September ist dadurch vollkommen ausgeglichen worden. Man muß diese Erscheinung jedoch günstig bewerten, da selbst diese geringe Steigerung der Einfuhr, die trotzdem immer noch einen Ausfuhrüberschuz ergibt, für eine Stabilisierung der Verhältnisse im Produktionsprozeß spricht.

Im einzelnen hat sich die Ausfuhr folgender Artikel erhöht: Bohnen, Roggen, Bink, Erbsen, Kohle, Eisen- und Stahlblech, Buttermittel, Hanf, Gummimatten und Gummimische, Rohre, Benzin. Zurückgegangen dagegen ist die Ausfuhr von Bacon (um 1,9 Millionen Zloty), Schweinen, Seidengeweben, Rohfellen und Ohren. Erhöht hat sich die Einfuhr von Kämmen, Oliven, Kaffee, Kaka, Tee, technischen Webstühlen, Pfauen, Rohfellen, Kupfer und Wolle. Ein Rückgang dagegen weist die Einfuhr von Baumwolle, Tabak, Kunstdüngemitteln usw. auf.

## Danziger Wirtschaftskonjunktur im 3. Vierteljahr 1932.

dp. Die vom Danziger Statistischen Landesamt ermittelten konjunkturstatistischen Daten zeigen, daß gewisse Befallserscheinungen im Danziger Wirtschaftsleben im Vierteljahr Juli/September weiter um sich gebracht haben. Die Wirtschaftskonjunktur hat damit in Danzig einen Tiestand erreicht, wie er in neuerer Zeit noch nicht beobachtet werden konnte. Sind auch daneben vereinzelte wirtschaftlich günstige Symptome aufgetreten, so wäre es dennoch sehr gewagt, daraus den Schluss ziehen zu wollen, daß der tiefste Punkt des Konjunkturabschwungs im Gebiet der freien Stadt Danzig bereits überschritten sei. Fast alles hängt davon ab, ob der Danziger Wirtschaft von den ihm Machtbereich entzogenen Stellen bald der Raum und die Bewegungsmöglichkeiten gegeben werden, auf die sie einen natürlichen und Rechtsanspruch hat, und den sie haben muß, um sich wieder entfalten zu können, und um rechtzeitig den Anschluß an die sich in führenden Wirtschaftsstaaten anscheinend anbahnende wirtschaftliche Erholung zu finden.

Das Bild des Seeschiffahrtsverkehrs im Danziger Hafen war im dritten Vierteljahr erheblich ungünstiger als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahrs. Der Seeschiffahrtsverkehr bezeichnete sich im Eingang im dritten Vierteljahr 1931 auf 1 104 551 Nettoregistertonnen und im dritten Viertel 1932 auf 694 899 Nettoregistertonnen; im Ausgang im dritten Viertel des Jahres 1931 auf 1 116 096 Nettoregistertonnen und im dritten Viertel 1932 auf 708 528 Nettoregistertonnen.

Die Böhlen des Danziger seewärtigen Warenverkehrs weisen desgleichen eine starke Abnahme gegenüber dem entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahrs auf. Die seewärtige Einfuhr senkte sich von 281 647 Tonnen im dritten Vierteljahr 1931 auf 119 528 Tonnen im dritten Vierteljahr 1932. Die Ausfuhr ging in den gleichen Zeiträumen von 2 064 174 Tonnen auf 1 227 174 Tonnen zurück.

Der Danziger Binnenschiffahrtsverkehr hat sich ebenfalls wenig günstig gestaltet. Die Zahlen hierfür lauten wie folgt: Eingang III. Vierteljahr 1931: Tragfähigkeit der Schiffe 239 823 Tonnen, tatsächlich mitgeführt Ladung 70 318 Tonnen, III. Vierteljahr 1932 183 667 Tonnen und 50 010 Tonnen. Ausgang im dritten Jahresviertel 1931: Tragfähigkeit der Schiffe 229 758 Tonnen, tatsächlich mitgeführt Ladung 53 142 Tonnen, drittes Jahresviertel 1932: 179 150 Tonnen und 49 683 Tonnen.

Der Fremdenverkehr im Freistaat zeigt ebenfalls erneut eine rückläufige Bewegung. In der Stadtgemeinde Danzig und Boppo sowie in der Landgemeinde Odra betrug die Zahl der insgesamt gemeldeten Fremden im dritten Viertel 1931: 25 697, im gleichen Zeitabschnitt dieses Jahres dagegen nur 21 961.

Der Notenumlauf der Bank von Danzig hat sich von 42,1 Millionen Gulden am Ende des dritten Vierteljahrs 1931 auf 38,1 Millionen Gulden am Ende des dritten Jahresviertel 1932 gesenkt. Der Diskontsatz (im Vorjahr 6 Prozent) betrug 4 Prozent.

Der Bestand an Gulden-SparEinlagen bei sämtlichen Sparkassen im Gebiet der freien Stadt Danzig hat sich von 46,8 Millionen Gulden am Ende des dritten Vierteljahrs 1931 auf 46,0 Millionen Gulden am Ende des dritten Vierteljahrs 1932 vermindert. Die Zahl der Konkursanträge, die im III. Quartal 1931 34 betrug, ging auf 15 zurück, die Zahl der Vergleichsanträge von 11 auf 8. Die Zahl der bei den Gerichten der freien Stadt Danzig anhängigen Wechselleitungen ist zurückgegangen und zwar von 1249 im dritten Viertel des Jahres 1931 auf 758 im dritten Viertel des Jahres 1932. Die Gesamtwerthöhe der eingeklagten Wechsel hat gleichfalls abgenommen. Im dritten Vierteljahre 1931 betrug die Gesamtwerthöhe der eingeklagten Wechsel 633 380 Gulden, in der gleichen Zeit dieses Jahres nur 310 234 Gulden.

Die Umfänge des zum konjunkturstatistischen Vergleich geeigneten Kolonialwaren-Großhandelsgeschäfts (Gefäß) haben sich gegenüber dem dritten Viertel des Jahres 1931 wiederum gesenkt, und zwar durchschnittlich je belieferter Kleinhändler um 9,5 Prozent. Auch die Umfänge des Kolonialwaren-Kleinhandselsgeschäfts (Konsum- und Spargenossenschaft) haben sich sehr beträchtlich, und zwar um 23,9 Prozent je Verbraucher gegenüber dem dritten Vierteljahr 1931 vermindert. Da es sich hierbei um eine Abnahme des Wertes der durchschnittlichen Warenumfänge handelt und die Preise im Groß- und Kleinhandel seit dem dritten Jahresviertel 1931 weiter gefallen sind, bleibt freilich zu beachten, daß der mengenmäßige Rückgang der Warenfänge nicht so hoch gewesen sein dürfte, wie man auf Grund der vorgenannten beiden Biftern annehmen könnte.

Die Großhandelsindexziffer hat von 104,4 im dritten Jahresviertel 1931 auf 89,8 im gleichen Zeitabschnitt dieses Jahres nachgegeben. Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten ging im gleichen Zeitraum von 124,2 auf 110,4 zurück.

## Schwache Zahlungsfähigkeit.

Der sinkende Prozentsatz der Protestwechsel bei der Bank Polski deutet von einer gewissen Besserung der Zahlungsfähigkeit in Polen, doch darf man diese Erscheinung nicht überschätzen. Einerseits ist der Kundenkreis der Bank Polski sehr beschränkt, kann also als Grundlage für die Formulierung irgend welcher allgemeiner Kriterien nicht maßgebend sein. Andererseits hält der Prozentsatz der Wechselproteste in ganz Polen weiterhin auf dem relativ hohen Niveau von etwa 13,5 Prozent. Dies zeigt, daß die Zahlungsfähigkeit weiterhin sehr ungünstig ist. Bestätigt wird dies auch durch die Zunahme der landwirtschaftlichen Protestwechsel bei der Bank Polski.

Polnische Konzession für ein englisches Versicherungsuntemnehmen. Der englische Versicherungskonzern "Prudential" erhält von der polnischen Regierung die Konzession zur direkten Tätigkeit in Polen auf dem Gebiete der Lebens- und Feuerversicherung. Der Prudential-Konzern, der in Polen bereits indirekt arbeitete, hat bisher in Polen rund 150 Millionen Zloty in Form von Krediten an die Metall- und Elektroindustrie und andere Industriekreise investiert. Der englische Versicherungskonzern ist gegenwärtig dabei, in Warschau ein Hochhaus für über 10 Millionen Zloty auszu führen.

Bier- und Pferdeexport nach Italien. Die Industrie- und Handelskammer Bromberg gibt allen Interessenten zur Kenntnis, daß sie nähere Informationen über bestehende Möglichkeiten einer Ausfuhr von Bier und Pferden nach Italien erfordert.

# Das Konjunkturforschungs-Institut optimistisch.

Das Konjunkturforschungs-Institut in Warschau kennzeichnet die Wirtschaftslage im dritten Quartal dieses Jahres wie folgt: In der Weltkonjunktur haben mit dem Beginn dieses Jahres Faktoren zu arbeiten begonnen, die von einem grundsätzlichen Umstieg im Verlauf der Krise Zeugnis ablegen. Die bis dahin herrschende große Liquidität am Geldmarkt hat sich auf den Kapitalmarkt übertragen, wodurch neue Bedingungen für eine Konjunktur-Besserung geschaffen wurden. Die rückläufige Preisentwicklung kam zum Stillstand, es machte sich ein wesentlicher Preisauftschwung für die hauptsächlichen Rohstoffe am Weltmarkt geltend. Die Aufwärtbewegung der Preise ist zwar vielfach zusammengebrochen, ihr Entstehen ist aber gleichzeitig ein Beweis für die grundlegende Änderung der Weltmarktlage. Der Einbruch in der Preisauftschwungsbewegung bedeutet keineswegs das Ende der Arbeit dieser günstigen Faktoren, und zwar um so mehr, da das Preisniveau und das Kurs-Niveau der Aktien trotz des Rückgangs höher sind als sie vor der Kurs-Bewegung waren. Die Kurse für festverzinsliche Werte steigen dagegen weiter.

Die Preissteigerung hatte Spekulationsläufe zur Folge, sie zog ebenso Borratsergänzungen und im Zusammenhang damit eine Produktionssteigerung nach einem langen Abschnitt des ständigen Rückgangs nach sich. Als hemmende Erscheinung muß die Tatsache gelten, daß im internationalen Warenaustausch neue Verwicklungen ebenso hervortreten sind. Die Höhe der Umsätze ist weiterhin zurückgegangen. Der Rückgang des Welthandels ist insbesondere auf die geteilte Tätigkeit der Einfuhr-Contingente zurückzuführen, die im großen Maße durch Deutschland in die Wege geleitet wurden. (Ohne auf die volkswirtschaftliche Wirkung der übrigens erst im Anfangsstadium stehenden Kontingen-Politik Deutschlands einzugehen, muß im Interesse des Welthandels hier die Feststellung gemacht werden, daß die deutsche Kontingen-Politik im Rahmen der europäischen Kontingen-Politik einen sekundären Charakter trägt.) Andere Länder, insbesondere Frankreich, sind diesen Weg zuerst gegangen. — Die Red. Sollte in diesem Falle die erwartete Weltwirtschaftskonferenz in London zu keiner Normalisierung der Verhältnisse im internationalen Waren- und Kapital-Austausch führen, so muß mit weiteren Verwicklungen auf diesem Gebiete gerechnet werden. Dies muß weiterhin drückend auf die allgemeine Wirtschaftskonjunktur wirken.

Das Konjunkturforschungs-Institut in Warschau ist ferner der Meinung, daß die kommenden Wintermonate und die damit verbundene saisonale Erhöhung der Arbeitslosigkeit und saisonale Einschränkung der Produktion die Depressionsfaktoren stärken werden. Ob im Frühjahr des kommenden Jahres die Besserungsscheinungen der Konjunktur in stärkerem Maße hervortreten werden als in diesem Jahre, hängt zum großen Teil von der politischen Lage und von der internationalen Arbeit ab, die die zwischenstaatlichen Beziehungen im Bereich des Kredits der Schulden und der Handelsumsätze regeln soll.

In Polen ist nach Ansicht des Konjunktur-Forschungsinstitutes im letzten Quartal bis zu einem gewissen Grade eine Verflüssigung des Geldmarktes vorbereitet worden, die davon Zeugnis ablegt, daß die Krise im Bereich des Kredites ihrem Ende entgegen geht. Beweis dafür ist auch der Stillstand im Spar-einsagerückgang, die Besserung der Liquidität der Banken, sowie das Anwachsen der Vorräte an Devisen und Edelmetallen in der Bank Polski. Der Rückgang der Wechselproteste muß als Beweis für das Anwachsen der gesamtwirtschaftlichen Liquidität gelten, d. h. für eine Besserung der Zahlungsfähigkeit. (Der Rückgang der Wechselproteste ist wohl eher für eine relative Besserung, als für eine tatsächlich zu halten. Die Red.) Am Kapitalmarkt ist die Liquidität nach wie vor schwach und eine Besserung nur in geringem Maße wahrscheinlich. Die Rentabilität der Anleihen und Pfandbriefe ist zwar ein wenig zurückgegangen, sie ist aber trotzdem höher als sie zu Beginn dieses Jahres war. Wenn also der Theorieurungsprozeß nicht vorwärts geht, so ist die Verteilung der Kapitalien weiterhin nicht geneigt, auf den Markt der langfristigen Kredite überzugehen.

Die Senkung der offiziellen Diskontrate wird erst dann eine

Besserung im Warenverkehr nach sich ziehen, wenn entsprechende Kreditserleichterungen auch am Privatmarkt erfolgen werden. Eine Senkung der Kreditzinsen kann erst dann als eine Anregung für die Investitionsbewegung wirken, wenn sie gleichzeitig vom Geldmarkt auf den Markt des langfristigen Kredits übertragen wird. Der Umfang an Investitionen war weiterhin sehr gering. Auf jeden Fall geringer als in den vorangegangenen beiden Krisenjahren. Dies ist ein Beweis dafür, daß augenblicklich nicht einmal die notwendigen und normalen Ausbauperarbeiten an den verbrauchten Produktionseinrichtungen vorgenommen werden.

Was den Konsum anbelangt, so haben bis dahin rückläufige Tendenzen gearbeitet. Besonders stark trat diese Erscheinung bis zum Frühjahr dieses Jahres hervor, die im Zusammenhang mit der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit und mit dem Erhöhen der Erfahrung stand. Augenblicklich ist eine Stabilisierung der Beschäftigung eingetreten, das Erhöhen der Erfahrung geht wahrscheinlich zu Ende, d. h. es ist mit einer Stabilisierung des Konsums für die Zukunft zu rechnen. Der Anpassungsprozeß, der stark in der Produktion und in bezug auf die Vorräte hervortrat, ist bis dahin noch nicht im Bereich der grundsätzlichen Forderungen der Produktionskosten hervorgetreten.

Die Grundpreise für die kartellisierten Industriegüter stehen weiterhin auf dem Niveau der Besserungsperiode. Die Warenpreise am freien Markt sind stark zurückgegangen, dies hat die Rentabilität der entsprechenden Produktionsweise (vor allem der Landwirtschaft — D. R.) stark herabgesetzt und das wirtschaftliche Gleichgewicht vollkommen gestört. (Sehr richtig!)

Eine negative Erscheinung ist der radikale Anstieg der Nutrakte (Selbstgenossenschaften) der einzelnen Staatswirtschaften. Sollte diese Erscheinung weiter anhalten, dann wird sie ein großes Hindernis auf dem Wege zur Wirtschaftsbesserung in Polen sein. Jede Besserung muß ein Anwachsen des Imports zur Folge haben, eine steigende Einfuhr kann entweder mit dem Export oder mit Auslandskrediten gezahlt werden. Jede Besserung also ist von der Auslandskonjunktur abhängig; entweder stellt die Auslandskonjunktur eine Steigerung der Ausfuhr, womit gleichzeitig ein Anwachsen der Einfuhr verbunden ist, oder das Land erhält Auslandskredite (Waren- oder Kartredite), die die Finanzierung einer größeren Einfuhr ermöglichen.

Tritt dies nicht ein, so muß bei einer höheren Einfuhr ein Abfluß der Devisen erfolgen, der zu einer Deflationspolitik zwingt. Da eine Besserung nur auf dem Wege einer Kreditausweitung möglich ist, so muß eine Deflationspolitik jede Besserungsscheinung zu Boden drücken. Eine automatische Konjunkturbesserung ohne gleichzeitige Besserung der Weltkonjunktur ist nur in solchen Ausmaßen möglich, die keine größere Investitionsbewegung erfordern, d. h. also keine Steigerung der Exporte. Dies wäre jedoch eine Besserung sehr fraglicher Art.

## Eine innere Anleihe Polens.

Im Zusammenhang mit einem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die Polnische Regierung nach dem Muster Deutschlands gegenwärtig ausarbeitet, entwidmet der ehemalige polnische Landwirtschaftsminister Stanislaw Skarlicki den Plan einer inneren Anleihe Polens. Das Projekt sieht die Emission einer Anleihe von 300 Millionen Zloty vor, die in den Jahren 1934—1937 aus dem Staatschaf mit je 100 Millionen Zloty zurückzuzahlen wären, und von denen 150 Millionen Zloty durch den Weinbaufonds, 100 Millionen Zloty durch die polnische Staatsbahn für Bahnbauten und 50 Millionen Zloty durch die staatliche Agrarsparkasse für die Errichtung von Lähdanlagen, den Bau eines Getreidespeichers in Gdingen und die Finanzierung von Landläufen zu verwenden wären. Dieses Projekt wird dem Vernehmen nach in polnischen Regierungskreisen lebhaft diskutiert, wobei die mittelfristige Schatzcheinanleihe für die Besitzer aufgespeicherter Kapitalien mit besonderen Anreizen ausgestattet werden soll.

## Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 9. November. Die Preise vertheilen sich für 100 Kilo in Zloty:

	Transactionspreise:
Roggen 15 to	15.15
225 to	15.25
Richtpreise:	
Weizen . . . . .	23.25—24.25
Roggen . . . . .	14.80—15.00
Mahlgerste 64—66 kg	13.50—14.00
Mahlgerste 68—69 kg	14.00—14.75
Braunerste . . . . .	16.00—17.50
Hafer . . . . .	14.00—14.25
Roggenmehl (65%)	23.50—24.50
Weizennmehl (65%)	36.50—38.50
Weizenkleie . . . . .	9.00—10.00
Weizennkleie (groß)	10.00—11.00
Roggenkleie . . . . .	8.75—9.00
Winterrüben . . . . .	38.00—43.00
Beluschten . . . . .	—
Felderblen . . . . .	—
Vittoriaerbien . . . . .	21.00—24.00
Folgererbien . . . . .	30.00—33.00
	Luchen 46—48% . . . . .
	—
Gelämmten: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:	
Roggen 175 to	105 to
Gerste 25 to	225 to
	Hafer 98 to
	Fabrikkartoffeln pro
	Rulo % . . . . .
	Senf . . . . .
	Blauer Mohr . . . . .
	100.00—110.00
	2.50—2.75
	Weizennkleie . . . . .
	3.00—3.25
	Roggenstroh, lose . . . . .
	5.00—5.25
	Heu, lose . . . . .
	5.80—6.70
	Reheheu, lose . . . . .
	6.00—6.50
	Nekeheu, gepr. . . . .
	6.75—7.40
	Sonnenblumen . . . . .
	Folgererbien . . . . .
	30.00—33.00
	Luchen 46—48% . . . . .
	—

Gelämmten: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 175 to, Weizen 105 to, Gerste 25 to, Hafer 98 to, Fabrikkartoffeln 98 to.